Die EG steuert in die Krise Seite 9/10

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 43 vom 24. Oktober 1980 14. Jahrgang 1 DM



Verseuchung der Nordsee durch giftige Industrieabfälle war der Anlaß zu aufsehenerregenden Aktionen der „Greenpeace"-Umweltschutzorganisation in der letzten Woche. Das Abladen eines Zentners verseuchter Fische vor dem Deutschen Hydrographischen Institut (unser Bild) gehörte ebenso dazu wie die Verhinderung des Auslaufens von Dünnsäure-Tankern.

Kampfansage an die Arbeiterschaft

„Abschied von der Illusion der Vollbeschäftigung"

Industriebarone fordern „Kehrtwende" der Wirtschaftspolitik

BONN.— In einer ganzen Reihe von Stellungnahmen forderten Sprecher des Monopolkapitals von der Bundesregierung jetzt eine radikal auf den Profit der Monopole ausgerichtete Wirtschaftspolitik. Rücksichtslos soll das arbeitende Volk zu Verzicht und Opfern gezwungen werden.

Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handestages (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, verkündete die „Erwartungen der deutschen Wirtschaft von der neuen Bundesregierung". Amerongen fordert zynisch, die Bundesregierung müsse in ihrer künftigen Wirtschaftspolitik *„den Vorrang für die Vollbeschäftigung aufgeben"*. Im Klartext heißt das nichts anderes, als eine unverhüllte und radikale Ausrichtung der Regierungspolitik auf die Sicherung höchstmöglicher Profite der Finanz- und Industriebarone ohne die leiseste Rücksicht auf die dringenden sozialen Belange des werktätigen Volkes.

Zur Aufstellung des neuen Bundeshaushalts fordert Wolff den Abbau der Staatsverschuldung durch Haushaltskürzungen und Ausgabenstreichungen bei gleichzeitigen umfangreichen Steuerentlastungen zugunsten des Großkapitals.

Der Staat soll also hemmungsloser noch als bisher die Rationalisierungsfeldzüge und die Arbeitsplatzvernichtung durch die großen Konzerne unterstützen und subventionieren. Er soll die Verschärfung der Arbeitslosigkeit bedenkenlos fördern anstatt zu versuchen, sie zu bremsen. Andererseits soll er die Ausgaben für soziale Erfordernisse radikal kürzen, denn an der Zusage gegenüber den USA nach einer realen Rüstungssteigerung um drei Prozent soll natürlich nicht gerüttelt werden.

Amerongens Forderungen wurden von einer ganzen Reihe weiterer Erklärungen verschiedener Vertreter der Industrie und der Politik ergänzt. So bezeichnete der hessische FDP-Wirtschaftsminister Karry die Arbeitslosenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit als „Nürnberger Zahlenorakel", in Wirklichkeit existiere keine echte Arbeitslosigkeit, die meisten Arbeitslosen seien nur faul. Und der CDU-Wirtschaftsexperte Pieroth erklärte: *„Jetzt muß sich zeigen, ob die Koalition Abschied von der Illusion nimmt, Vollbeschäftigung durch immer mehr Schulden schaffen zu können"*. Bundeskanzler Schmidt kündigte bereits an, daß derartige Forderungen durchaus mit dem Trend übereinstimmten, den er wirtschafts- und finanzpolitisch im Auge hat. Im Hinblick auf den Haushalt 1981 sagte er: *„Das wird brutal werden."*

Zu gleicher Zeit schreien die Unternehmerverbände so unverschämt offen wie noch nie nach dem Abbau der Reallöhne in der kommenden Lohnrunde. Der Präsident von „Gesamtmetall" Thiele forderte die Gewerkschaftsführer auf, sie müßten den Arbeitern klarmachen, *„jetzt etwas kürzerzutreten, den Gürtel vielleicht auch einmal etwas enger zu schnallen"*. Die Lohnerhöhungen, so fordern die Kapitalistenverbände, dürften auf keinen Fall höher liegen als das zu erwartende Wirtschaftswachstum für 1981. Und dieses veranschlagen sie mit einem Prozent! Um die Gewerkschaften an die Kette zu legen, fordern Unternehmersprecher und Vertreter der Regierungskoalition jetzt mit Nachdruck die Wiederherstellung der „Konzertierten Aktion".

Gegen die Entlassungs- und Rationalisierungswelle

Gewerkschafter bekräftigen Forderung nach 35-Stunden-Woche!

AUGSBURG.— Auf dem Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier sprach sich der Vorsitzende der Gewerkschaft, L. Mahlein, abermals für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich aus.

Er tat dies in offener Abgrenzung zu den Äußerungen des Bundeskanzler Schmidt, der die Arbeiter um Jahrzehnte vertrösten wollte.

Noch in diesem Jahrzehnt müsse diese Forderung erfüllt werden, so schnell wie möglich. Mit der IG Drupa hat zum ersten Mal eine Gewerkschaft diese Forderung von neuem massiv vertreten, die darum bereits einen Kampf organisiert hatte, der in dieser Hinsicht erfolglos geblieben war.

Zur gleichen Zeit hat auch die große Tarifkommission für Nordwestdeutschland der Gewerkschaft Holz und Kunststoff die Kündigung des geltenden Manteltarifvertrages beschlossen. Als erste Forderung wird dabei die Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich auf unter 40 Stunden erhoben. Auch dabei sprachen sich verschiedene Mitglieder der Großen Tarifkommission gegen die Ansichten des Bundeskanzlers aus.

Und auch in der IG Metall mehren sich erneut die Stimmen die, entgegen den Bekundungen des Vorstands, von neuem diese Forderung erheben wollen. Ein dementsprechender Beschluß wurde bereits vom Gewerkschaftstag der IG Metall gefaßt.

Die 35-Stunden-Woche muß wieder auf den Tisch! Denn die radikalen Rationalisierungs- und Entlassungsfeldzüge der Kapitalisten können sonst nicht gebremst werden.

Diese Woche

Arbeitsplatzvernichtung
„Wolff (von Amerongen) geht auf Jagd" — der Kommentar der Woche auf Seite 2

BRD — DDR
Die innerdeutschen Beziehungen und der Kampf um den Frieden. Seite 3

Gewerkschaftstage
Interview zum HBV-Gewerkschaftstag. Seite 4
IG-Druck-Gewerkschaftstag — Bericht Seite 5.

VOLKSFRONT
Die VOLKSFRONT nach der Wahl. Seite 7

Ausländer
„Der Ausländerfeindlichkeit entgegentreten!" — Kommentar auf Seite 7.

Säuberungen
Enthüllungen über Polens „KP". Seite 11

Ernesto Cardenal
Eine Würdigung des Friedenspreisträgers auf Seite 12.

Die Völker des Iran lassen sich nicht irreführen

TEHERAN.— Die Völker des Irans verteidigen weiter entschlossen das Territorium ihres Landes. Bei Redaktionsschluß hielten die Kämpfe um die Ölzentren Khorramschar und Abadan an. Meldungen über ihre „endgültige Einnahme" mußten immer wieder dementiert werden.

Die Versuche Jimmy Carters, sich plötzlich als Verteidiger der Unversehrtheit des Irans hinzustellen sind ein politischer Bluff und um so haltloser, solange die AWACS-Flugzeuge in Saudi-Arabien, die Kriegsschiffe im Persischen Golf und die Militärhilfe an Jordanien, das den Irak unterstützt, nicht beseitigt werden. Das machte auch der iranische Premier Ali Rajai deutlich.

Rajai nannte den Iran das Opfer einer internationalen Verschwörung, „in die der Irak, die USA, die Sowjetunion und diverse Marionettenregime der Vereinigten Staaten wie Jordanien, Ägypten und Marokko" verwickelt seien.

Carters Stellungnahme ist ein Beispiel der von den Imperialisten immer wieder verfolgten Doppeltaktik, offene Aggression mit „Einlenken" und „Gesprächsbereitschaft" zu verbinden. Er gehört zu den Bemühungen, im Iran wieder Einfluß zu gewinnen, wobei man sich auf amerikafreundliche Kreise zu stützen versucht.

Vor der UNO betonte Rajai, eine gerechte Lösung des Konfliktes könne nur in der Bestrafung des Aggressors liegen.

Eine dauerhafte Lösung wird aber nur zu erreichen sein, wenn sich auch die Völker des Irak darauf besinnen, daß sie im Imperialismus und der arabischen Reaktion mit der Iranern gemeinsame Feinde haben, und wenn sie in diesem Sinne einig handeln werden.

Fiat-Arbeiter gegen Kompromiß

Ist jetzt Agnellis Weg frei?

Nach Cossigas Sturz stimmen Gewerkschaftsführer Entlassungen zu

TURIN.— Am letzten Wochenende stimmten die Streikführungen der großen italienischen Gewerkschaften einem Kompromißvorschlag der Agnelli-Kapitalisten zu, der eine zeitliche Verschiebung der geplanten Massenentlassungen bedeutet.

In großen Streikversammlungen lehnten die Fiat-Arbeiter in ihrer übergroßen Mehrheit in den Tagen nach dem Kompromiß diesen Vertrag ab. Er sieht vor, die ursprünglich für diesen Monat geplanten Entlassungen von 14 000 Kollegen, denen in den nächsten drei Monaten weitere 10 000 folgen sollen, über das ganze Jahr 1981 zu streiken, den Beginn um einige Monate zu verschieben. Offiziell wird das als Möglichkeit gehandelt, neue Arbeitsplätze zu suchen und auch zu schaffen.

In Wirklichkeit bedeutete eine Annahme dieses Kompromisses nicht nur das Schicksal der Arbeitslosigkeit für jene 24 000 betroffenen Arbeiter.

Damit hätte Agnelli auch ein Ziel erreicht, das er sich steckte: Ein Signal zu setzen für „die unternehmerische Freiheit". Er hätte so der italienischen Gewerkschaftsbewegung eine schwere Niederlage beigefügt, die Erfolge des Jahres 1978 wieder rückgängig machen wollen.

Bezeichnend ist, daß die Gewerkschaften zu einem Zeitpunkt diesem Vorschlag zustimmten, als Cossigas Sturz perfekt war und sich die neue Forlani-Regierung im Sinne der KPI Berlinguers abzeichnete. Wohlverhalten auf Kosten der Fiat-Arbeiter wurde ihnen auf den Streikversammlungen vorgeworfen.



Streikurabstimmung der Fiat-Arbeiter.

Kommentar der Woche

Eine grundlegende Kehrtwendung in der Wirtschafts- und Finanzpolitik sei dringend nötig. Der staatliche Schuldenabbau müsse Vorrang haben vor allem anderen, keine weiteren Konjunkturmaßnahmen seien möglich, der Markt müsse gestärkt werden, die Sicherung der Arbeitsplätze sei nicht das höchste Ziel, so klang es aus Ulm durch Deutschland.

Ein offenes und eindeutiges kapitalistisches Bekenntnis. Und nicht von irgendeinem: Otto Wolff von Amerongen, Großkapitalist und Chef des Deutschen Industrie und Handelstages (DIHT). Ein Bekenntnis, das eine offene Kampfansage ist, die der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung, den arbeitenden Menschen dieses Landes entgegengeschleudert wird.

Weg ist die Pose vom Unternehmer, der sich um „seine Mitarbeiter" sorgt, aber „leider" entlassen muß. Da ist die Haltung des Großkapitalisten, der keine Rücksicht kennt, wenn es um seine Profite geht.

Wolff geht auf die Jagd

Und, wenn ein Mann wie Wolff spricht, dann hat das ein schnelles Echo. Ganz zufällig fordert am nächsten Tag der VDI, der westdeutsche Ingenieursverband, man müsse mehr Schichtarbeit einführen, da Rationalisierung wichtiger sei als Humanisierung. Und siehe da, auch der Chef der Deutschen Bundesbank, Pöhl, ein wahrhaft sozialdemokratischer Finanzfachmann, fällt in den Chor ein: Schuldenabbau sei das Allerwichtigste.

Bezeichnend für die Geisteshaltung und die materiellen Interessen all dieser Leute ist es natürlich, daß ihnen im Kopf noch nicht einmal als Frage entsteht, wo man vielleicht sparen könnte, *darauf* haben sie schon längst eine Antwort: bei den Sozialleistungen, bei den Löhnen. Die Werktätigen, die jedes Jahr über 100 Milliarden Mark allein an Lohnsteuer bezahlen, sie sollen also auch an der Staatsverschuldung schuld sein und nicht Wolff und seine Freunde und Kumpane, die Rüstungsgewinnler, die Subventionsjäger.

Sie richten diese Forderungen jetzt an die Regierung und zeigen damit in aller Klarheit, daß sie von *jeder* Regierungspartei die Maßnahmen verlangen, die sie brauchen — denn was Amerongen jetzt verlangt und worin ihm sein Echo nacheiferte, das war ja schließlich das Wirtschaftsprogramm von Franz Josef Strauß, den die Westdeutschen nicht haben wollten.

Jetzt, wo die neuen Regierungspläne gemacht werden, jetzt wird auch Druck gemacht, rechtzeitig noch um zu den nächsten Auseinandersetzungen um Löhne beizeiten Stimmung machen zu können, hetzen zu können.

Jetzt, wo in immer mehr Branchen dieser kapitalistischen Wirtschaft die Krise zutagetritt, wo täglich neue Arbeitsplatzvernichtungen angekündigt werden, jetzt kommt der kalte Krieger Wolff von Amerongen und gibt seine Kriegserklärung ab.

Kein Mensch wird glauben, daß so ein Mann sich einen Ausrutscher erlaubt oder als Person vorprescht. Nein, da stecken Überlegung und Absicht, da stecken Organisation und Taktik dahinter.

Dazu gehört auch das Angebot der Kapitalistenverbände an den DGB, unter der Hand wieder eine konzertierte Aktion einzuführen.

Und während die IG Metall den Vorstoß Wolffs immerhin noch als reaktionär bezeichnet, akzeptiert DGB-Vorsitzender Vetter zur selben Zeit diese Gesprächsangebote der Kapitalisten. Möchte er vielleicht mit Amerongen ein wenig philosophieren?

Worüber soll eigentlich verhandelt werden, wenn in den Chefetagen der Monopole, in den Villen der Großaktionäre gleichzeitig Todesurteile für ganze Industriestädte gefällt werden?

Kanzler Schmidt, der denselben Amerongen regelmäßig zum Essen empfängt, sind dessen Vorstellungen bestimmt nicht neu. Er kann solchen öffentlichen Druck gut gebrauchen, um gemeinsam mit Matthöfer, dem Geldgeber der türkischen Killer, einen sogenannten Sparhaushalt zu verabschieden.

Dieser Kampfansage, die ja schon im Chor einer konzertierten Aktion vorgetragen wurde, von der Amerongen der Dirigent ist, kann man nur eine Antwort entgegenstellen: den kompromißlosen Kampf zur Verteidigung der Arbeitsplätze und der sozialen Errungenschaften der Werktätigen unseres Landes. Wir, die Kommunisten, haben dabei die Aufgabe, sowohl zu organisieren als auch diesen Leuten die Maske abzureißen.

Helmut Weiss

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Das detaillierte VOLKSFRONT-Wahlergebnis

Direktkandidaten holten Stimmen

Einige Erfahrungen der Wahlkampagne

ESSEN.— Das Wahlergebnis der VOLKSFRONT, deren Kandidatur ja von unserer Partei intensiv unterstützt wurde, legt, trotz der relativ geringen Stimmenzahl, einige Lehren nahe, die sich aus unterschiedlichen Teilergebnissen ziehen lassen.

Die wichtigste Tatsache, die zu diesem Wahlergebnis zu bemerken ist, ist die Feststellung, daß überall dort, wo in Wahlkreisen Direktkandidaten der VOLKSFRONT sich zur Wahl stellten auch die Zahl der Zweitstimmen, also der Listenstimmen beträchtlich höher lag, als in Wahlkreisen ohne Kandidaten. Das gilt auch für jene Direktkandidaten, die in Wahlkreisen aufgestellt waren, in denen es keine Organisation der VOLKSFRONT gab, die sie im Wahlkampf entscheidend hätte unterstützen können.

So betrug die durchschnittliche Stimmenzahl der VOLKSFRONT-Kandidaten in den 63 Wahlkreisen 113,4 Stimmen, die durchschnittliche Zahl der Zweitstimmen in allen 248 Wahlkreisen lag bei 37,6 Stimmen. Gerade diese Zahl weist aber große Unterschiede auf: In jenen Wahlkreisen mit Direktbewerber waren es durchschnittlich 63,6 Stimmen, in jenen ohne Kandidaten nur 28,8 Stimmen.

In Bayern betrug dieses Zweitstimmenverhältnis beispielsweise 63 zu 22,5, in Niedersachsen 60 zu 26,3, in Schleswig-Holstein waren es 86,3 zu 32,4. Weniger deutlich ausgeprägt, aber ebenfalls klar ersichtlich war dieses Verhältnis in Nordrhein-Westfalen mit 53 zu 25,5.

Daß dies keineswegs nur darauf zurückzuführen ist, daß dort, wo Direktkandidaten nominiert wurden auch starke VOLKSFRONT-Gruppen bestehen, sieht man auch daran, daß unter den besten Einzelergebnissen auch solche Wahlkreise und Ortsgruppen zu finden sind, die keineswegs zu den stärksten Bastionen der VOLKSFRONT gehören.

Wahlkreise, in denen die Stimmenzahl der VOLKSFRONT die 0,1-Prozent-Grenze überschritt waren: Kiel, Plön/Neumünster, zwei Hamburger Kreise die drei Bremer Wahlkreise, Friesland/Wilhelmshaven, die beiden Bochumer und die drei Dortmunder Wahlkreise, Karlsruhe-Stadt und Reutlingen, insgesamt also 15 Wahlkreise, wobei zu beachten ist, daß dabei auch Aufrundungen enthalten sind, die von der offiziellen Statistik gemacht werden.

Wohlgemerkt: Damit sind jene Wahlkreise benannt, in denen diese Grenze bei den Zweitstimmen überschritten wurde, bei den Erststimmen war dies noch in einer ganzen Reihe mehr.

Aber: Genauso wie es diese im Verhältnis positiven Ergebnisse gab, mußte auch, vor allem in einigen Großstädten, in denen es Organisationen der VOLKSFRONT gibt, enttäuschende, unterdurchschnittliche Ergebnisse registriert werden. Dies vor allem dort, wo bereits beim Kampf um die Aufstellung von Direktkandidaten nur geringe Erfolge gemacht wurden.

Daß zahlreiche Kandidaten der VOLKSFRONT unter den Antifaschisten und Demokraten gutes Ansehen besitzen, beweisen auch gute Einzelergebnisse bei Erststimmen, wo bei den Zweitstimmen erheblich weniger gewonnen wurden. Solche Ergebnisse gab es in jedem Bundesland.

So haben auch, um Gegensatz zu dem, woran sich der KBW festhalten möchte, die Direktkandidaten der VOLKSFRONT im Durchschnitt über 35 Stimmen mehr erzielt als die des KBW.

Es gab aber auch gute Beispiele von Orten, in denen eine recht gute Zahl von Erststimmen abgesichert wurde durch ein ebenfalls überdurchschnittliches Ergebnis bei den Zweitstimmen, wie in den Bochumer Wahlkreisen.

So kann man bei einer genaueren Analyse des Wahlergebnisses eben nicht nur feststellen, wo auch konkret noch Möglichkeiten gewesen wären, die Stimmenzahl trotz der bestehenden Situation noch zu erhöhen, sondern auch auf welchen Grundlagen man im einzelnen weiterarbeiten kann.

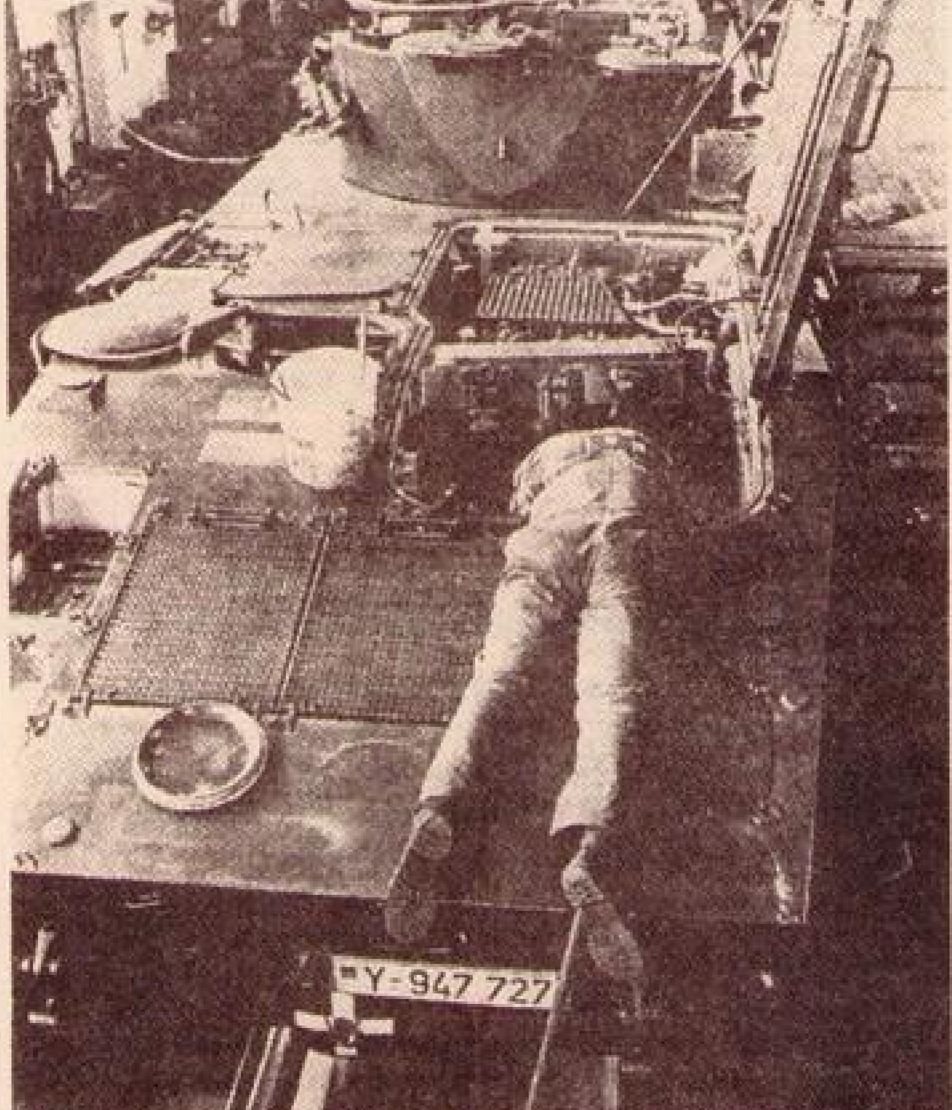
Der Haushalt wird vorbereitet

Die soziale Demontage beginnt

Neue Rüstungsprogramme werden beschlossen

BONN.— Die allseits beschworenen Sparpläne für den Bundeshaushalt werden in Bonn im Rahmen der Koalitionsgespräche bereits vorbereitet. Damit wird eine breit angelegte Kampagne der sozialen Demontage begonnen, die die Regierung im Auftrag des Großkapitals zu organisieren hat.

Entgegen den verschiedenen Versprechungen vor der Wahl wird jetzt bereits wieder über Erhöhung der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung gesprochen. Nach Informationen aus Wirtschaftsblättern sollen auf diese Weise im nächsten und übernächsten Jahr 9 Milliarden Mark zusätzlich für die Staatskasse geholt werden.



Panzerspähwagenmontage in Kassel. 8 000 neue Panzer verlangen die Bonner Generale! Da fährt die Rente!

Verstärkt lanciert wird auch abermals die Drohung von der Selbstbeteiligung der Patienten an den Kosten der Krankenversicherung — eine verschämte Umschreibung für einen geschichtlichen Einschnitt in der westdeutschen Sozialgesetzgebung. Denn von Selbstbeteiligung zu reden täuscht ja nur darüber hinweg, daß diese Versicherung selbstfinanziert ist und jetzt nur noch teurer gemacht werden soll.

Ebenso haben verschiedene Expertengruppen und sogenannten Fraktionsspezialisten in den Tagen nach der Wahl mit einer neuen Diskussion über das Bildungswesen begonnen, immer wieder die Ausbildung einer Elite gefordert und mit solchen rassistischen, vom Standesdünkel gekennzeichneten Thesen die Abschaffung der letzten 12 Jahre Bildungspolitik gefordert.

Die ersten konkreten Beschlüsse sind auch bereits gefaßt. Der westdeutsche Finanzplanungsrat, das gemeinsame Organ von Bund, Ländern und Gemeinden hat den Haushalt für nächstes Jahr im Vergleich zur mittelfristigen Finanzplanung bereits um zwei Milliarden Mark gekürzt.

Dies soll laut internen Informationen in verschiedensten Ressorts zum Tragen kommen.

Nicht gespart wird allerdings bei einer der Hauptquellen der Schulden des Bundeshaushalts: beim Geld für die Aufrüstung.

Die enormen Kostensteigerungen gegenüber den Plänen, die durch die sogenannten gleitenden Preise zustandekommen und eine ungeheure Quelle von Bereicherung für die Rüstungsgewinnler sind, treiben die Rüstungslasten in immer astronomischere Höhen.

Und die Wünsche der Militärs sind ohne Ende: 8 000 neue Panzer und Panzerkampfwagen und 200 neue taktische Kampfflugzeuge (die sich als Jagdflugzeug oder Bomber verwenden lassen und jetzt schon, in der Planung pro Stück 80 Millionen Mark kosten sollen — beim Tornado haben sich die ursprünglich angegebenen Kosten mehr als versiebenfacht) sowie mindestens zwei neue Fregatten und eine neue U-Bott-Flotte stehen auf diesen Wunschlisten obenan. Allein die jetzt schon veranschlagten TKF-Kosten liegen, Entwicklung eingeschlossen, bei rund 12 Milliarden Mark — mit der hohen Wahrscheinlichkeit auf mehr als das Doppelte anzuwachsen. In ähnlichen Höhen liegen auch die Panzer und Marineprogramme. Rund 5 Milliarden Mark sind eingeplant für neue Abwehrraketen.

Mit dem ständigen Drängen der USA, die Rüstungsausgaben weiter zu erhöhen und dem zunehmend aggressiven Kurs der Militärblöcke werden hier mit Sicherheit weitere Erhöhungen folgen.

Interessengemeinschaft:

Ein Bluff der Schering AG

WESTBERLIN.— Die „Interessengemeinschaft" Duogynongeschädigter Kinder" hat die Zurückziehung des Präparates Duogynon-Cumorit durch die Schering AG als einen großen Bluff bezeichnet.

Nach massivem Druck aus der Öffentlichkeit hatte die Schering AG, wie berichtet, in der letzten Woche dieses Präparat, nachdem sie 13 Jahre lang daran verdient hatte, aus dem Handel gezogen.

Die Interessengemeinschaft wies nun auf zwei Punkte hin: Zum einen komme dasselbe Präparat mit unmaßgeblichen Änderungen nun als Östro-Primolut wieder auf den Markt. Zum anderen sei von dem Präparat Primosiston, das dieselben Wirkstoffe hat wie die angeblich zurückgezogene Verbindung, überhaupt nicht die Rede. Diese Angaben wurden inzwischen von einem Sprecher der Schering AG faktisch bestätigt, indem er zugab, daß es sich tatsächlich um dieselben Wirkstoffe handle, allerdings mit einer anderen, nämlich einer Langzeittherapie...

Gesamtschulen

Die bayrischen Erpresser

WESTBERLIN.— Vor der 200. Konferenz der Kultusminister der Bundesländer hat der bayerische Kultusminister durch seinen Ministerialdirektor Karl Böck einen neuen Angriff auf die Gesamtschulen reiten lassen.

Böck gab die Bedingungen bekannt, unter denen Bayern bereit sei, Schulzeugnisse aus Gesamtschulen — die ja von der Strauß-Riege abgelehnt werden — anzuerkennen. Erstens sollen diese Schulen ihre Kurse nach hessischem Muster umändern (wo ein Konzept durchgeführt wird, das weitgehend identisch mit den gymnasialen Oberstufen ist) und zweitens müßten die Schüler zwei Fremdsprachen erlernen. Damit soll also die niederste Form der Gesamtshule „gestärkt" werden, um dieses Modell insgesamt zu schwächen und die Schüler werden erpreßt, auf polytechnischen Unterricht zu verzichten. Die sonst oft beschworene „Freiheit des einzelnen" kümmert die schwarzen Statthalter dabei gar nicht.

Aber sie haben auch eine inhaltliche Alternative, neben Erpressung und Schikanen. In der letzten Woche tagte in Regensburg die katholische Elternschaft Deutschlands, die die „christliche Schule" forderte. Nicht nur Religionsunterricht sondern dieser Geist in allen Fächern, so könne man die Verfassung verteidigen. Dorfschulen, Glaubensschulen und Eliteschulen: Das ist das bildungspolitische „Konzept" der bayerischen Reaktion und des Vatikan.

Die innerdeutschen Beziehungen und der Kampf um die Erhaltung des Friedens

Nach der Erhöhung der Zwangsumtauschsätze für westdeutsche Bürger, die in die DDR reisen wollen, ist die Frage der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt.

Zweifellos führt diese Maßnahme der DDR-Regierung zu einer Verschlechterung dieser Beziehungen; das machte schon der Rückgang der Besucherzahlen in den ersten Tagen nach Bekanntwerden dieser Maßnahme deutlich. Sie ist ein Zeichen für verstärkte Abgrenzung und eine gewisse Abkehr von der sogenannten Entspannungspolitik.

Die Reaktionen der Bundesregierung sind jedoch entgegen den Beteuerungen der Politiker vom gleichen Geist getragen. Denn unter die Äußerungen der Besorgnis über die Tatsache, daß das gegenseitige Näherkommen bzw. die Aufrechterhaltung bestehender Verbindungen zwischen den Menschen in Ost und West erschwert wird, mischt sich die revanchistische, den Geist des Völkerrechts verletzende Hetze der Großmachtpolitiker.

Der Kern dieser Hetze sind die Angriffe auf die staatliche Souveränität der DDR, die mit der Behauptung, es gäbe nur eine deutsche Staatsbürgerschaft, schlicht geleugnet wird. Neben dieser Paroie, die eine grundlegende Verständigung mit der DDR verhindern muß, gehen auch die geplanten Gegenmaßnahmen der Bundesregierung nicht von den Interessen der betroffenen Menschen aus. **Wenn es um die Menschen ginge, müßte auch eine finanzielle Hilfe für die Betroffenen zur Diskussion stehen. Diese Hilfe könnte zum Beispiel in einer Erstattung der durch die neuen Bestimmungen entstehenden Differenzbeträge bestehen.**

Die Bundesregierung erwägt aber einzig und allein politischen und wirtschaftlichen Druck auf die DDR: politisch durch die unbefristete Aussetzung von Gipfeltreffen, wirtschaftlich z.B. durch eine Kürzung der Straßenbenutzungspauschale oder den Wegfall der Neuverhandlungen über den deutsch-deutschen Handelsverkehr gültigen zinslosen Überziehungskredit, den vielzitierten „Swing“, der damit im nächsten Jahr automatisch von 850 Millionen Mark auf 200 Millionen Mark sinken würde. Zu diesem Swing ist übrigens zu bemerken, daß er keineswegs ein völlig selbstloses Geschenk an die DDR ist, wie man nach den Pressemeldungen der letzten Tage annehmen könnte. Diverse westdeutsche Firmen profitieren davon, daß die DDR aufgrund dieser Vereinbarung in höherem Maße Waren aus der Bundesrepublik bezieht, als das sonst der Fall wäre.

Für Anerkennung der DDR

Der Hauptangriffspunkt der westdeutschen Politiker und der Regierung ist die Rede des DDR-Staatschefs Erich Honecker in Gera. Hier die Passage, um die es dabei vor allem geht: „Den Beziehungen der Bürger der DDR und der BRD nützlich) „wäre vor allem (...) die Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR. Da die BRD an völkerrechtswidrigen Positionen festhält und sich weigert, die Staatsbürgerschaft der DDR zu respektieren, wird die Personalhoheit unseres Staates geleugnet. Aber Tatsache ist doch, daß es zwei souveräne, voneinander unabhängige deutsche Staaten gibt.“

Außerdem befürwortete Honecker die Umwandlung der „Ständigen Vertretungen“ in DDR und BRD in Botschaften.

Diese Äußerungen Honeckers sind zweifellos richtig. Der Betrug und die Demagogie der DDR-Führer liegen woanders — darauf kommen wir gleich noch zu sprechen.

Zwei deutsche Staaten...

Die Existenz zweier deutscher Staaten auf deutschem Boden ist eine Realität. Eine Realität zudem, die im Ursprung die herrschende Klasse in der Bundesrepublik und die Westmächte, besonders die USA, zu verantworten haben. Sie waren es, die nach dem 2. Weltkrieg die Abspaltung der drei Westzonen über eine in den USA vorbereitete Währungsreform bis zur Gründung des Separatstaates „BRD“ betrieben, um hier die Existenz des deutschen Großkapitals und damit einer europäischen Angriffsbasis gegen das damalige sozialistische Lager zu sichern.

Keine Tricks können darüber hinwegtäuschen, daß dieser Schritt dem Potsdamer Abkommen der Siegermächte widersprach und daß sowohl die Sowjetunion als auch die damalige DDR-Staatsführung ganz konkrete Pläne zur Sicherung der staatlichen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands vorlegten, zur Durchführung allgemeiner, gleicher und geheimer Wahlen zur gesamtdeutschen Nationalversammlung und anderes mehr.

Keine Tricks können das vergessen machen, auch nicht die der SED-Führung, die dieses Kapitel ihrer Geschichte heute am liebsten totschweigt. Das erscheint nur auf den ersten Blick absurd. Der Schlüssel zum Verständnis und zur Lösung dieser Frage ist die Haltung zur Existenz der deutschen Nation.

... eine deutsche Nation

Der deutschen Nation, die trotz der Spaltung Deutschlands existiert, wenn sie auch bei einer Fortdauer und Vertiefung dieser Spaltung auf lange Sicht gefährdet ist.

Diejenigen, die damals diese Gefährdung in Kauf nahmen, um ihre Macht zu retten, reden heute lautstark von der Rettung der Nation. Ermöglicht wurde dies erst durch die völlige Abkehr der DDR von sämtlichen Prinzipien des Marxismus-Leninismus, die die frühere Politik eines Wilhelm Pieck bestimmten, durch die Bankrotterklärung des Mauerbaus 1961 und die Aufgabe des Kampfes um die Nation, die in den 70er Jahren besiegelt wurde.

Denn während die demagogische Behauptung der Bundesregierung lautet: „Es gibt nur eine deutsche Nation — also auch nur eine deutsche Staatsbürgerschaft“ und sie sich deshalb laufend Eingriffe in die Souveränität der DDR erlaubt, die bis zur Ausstellung vorläufiger Reiseausweise der Bundesrepublik für Bürger der DDR bei deren zeitweiligen Aufenthalt bei



Das war die Parole der KPD am 1. Mai 1949

uns, sowie der Ausstellung von BRD-Pässen für DDR-Bürger in dritten Staaten geht, so lautet die nicht minder demagogische Behauptung von Honecker und Co.: „Es gibt schon lange zwei deutsche Staaten — also gibt es jetzt auch zwei deutsche Nationen“. Wobei sie sich zeitweilig erfrechen, „ihre“ als „sozialistische“ und „unsere“ als „kapitalistische Nation“ zu bezeichnen. Solange die DDR wirklich sozialistisch war, solange hat sie den Kampf um die Einheit der Nation auf demokratischer Grundlage geführt.

Sind BRD und DDR überhaupt souverän?

Welche Faktoren sind nun für die augenblickliche Entwicklung, für die Verhärtung der Fronten zwischen den deutschen Staaten verantwortlich?

Es ist heute eine Tatsache: selbst wenn sich beide deutsche Staaten gegenseitig ihre Souveränität versicherten, wäre damit nichts grundlegendes erreicht. Denn heute sind beide Staaten **nicht souverän**. Sie sind eingebettet und in ihrer Politik gebunden an zwei Machtgruppen, die mehr oder weniger stark ihre Politik bestimmen: die BRD in die NATO unter US-amerikanischer Oberhoheit, die DDR in den von der UdSSR total kontrollierten Warschauer Pakt.

Niemand soll glauben, die jüngsten Maßnahmen der DDR seien allein aus eigenem Antrieb erfolgt. Das geht sogar aus den Stellungnahmen Honeckers selbst sowie aus einem fast gleichlautenden Kommentar der russischen „Prawda“ hervor. Honecker sagte: „Für uns versteht es sich von selbst, daß unsere Vertragspolitik mit der BRD ein Teil der abgestimmten Politik der Staaten des Warschauer Vertrages ... ist.“ In der Prawda hieß es am gleichen Tage: „In der Außenpolitik der DDR, die sich **aus dem abgestimmten Kurs** der Länder der sozialistischen Gemeinschaft **ergibt**, nehmen die Beziehungen zur BRD einen wichtigen Platz ein.“

Es ist bekannt, daß im Warschauer Pakt nur einer **bestimmt**, die anderen lediglich **zustimmen**.

Was im übrigen von der immer beschworenen Verfechtung der Interessen der DDR durch die Sowjetunion zu halten ist, haben die sowjetischen Führer Anfang der 70er Jahre vorgeführt: als sie an einer Intensivierung der politischen und Handelsbeziehungen mit Westdeutschland interessiert waren und die Moskauer Verträge abschlossen, machten sie keinen Versuch, vor Aufnahme dieser Beziehungen die volle Anerkennung der DDR durch die BRD zu erwirken, wie sie es vorher immer versprochen hatten.

Und wenn Westdeutschland auch nicht im selben Maße abhängig ist, so wird es doch weitgehend vom US-Imperialismus beeinflußt, und die Politik von Schmidt und Co. anläßlich des Olympia-Boykotts oder der Ereignisse im Iran hat bewiesen, daß wir wahrlich nicht von Sachwaltern unserer nationalen Interessen, sondern von treuen **Verbündeten des „Großen Bruders“** in Washington regiert werden.

Es ist auch eine Tatsache: Wenn sich die Rivalität der beiden Militärblöcke verschärft, verschlechtern sich auch die deutsch-deutschen Beziehungen. **Dasselbe geschieht,** wenn in einem der beiden Bündnisse größere Schwierigkeiten auftreten, wie das im Osten jetzt nach den Arbeiterkämpfen in Polen der Fall ist, deren Beispiel in allen revisionistisch regierten Ländern gefürchtet wird.

Das ist auch kein Wunder, schließlich ist die Grenze, die durch unsere Heimat verläuft, eben die Grenze zwischen diesen Militärblöcken. Deshalb bleibt die Feststellung:

Solange die Einbettung der beiden deutschen Staaten in den militärischen Machtebereich der Supermächte aufrechterhalten wird, kann von keiner Seite von einer deutschen, einer nationalen Politik im Interesse unseres Volkes die Rede sein.

Gleichzeitig wird hieraus ersichtlich, von welch großer Bedeutung eine solche Politik, die von beiden deutschen Staaten in wirklicher Souveränität ausgehen müßte, wäre: von herausragender Bedeutung für den Frieden in Europa und in der Welt.

Die deutsch-deutschen Beziehungen und der Kampf um den Frieden

Die Voraussetzungen, die einer nur vom Interesse der deutschen Nation bestimmte Politik der Annäherung der Menschen in beiden deutschen Staaten ermöglichten, sind der Austritt der Bundesrepublik aus der NATO und der DDR aus dem Warschauer Pakt sowie der Abzug aller fremden Truppen von deutschem Boden und die Kündigung aller die Souveränität des jeweiligen deutschen Staates einschränkenden Verträge. Damit aber würden die beiden aggressiven Blöcke gewaltig auseinanderrücken.

Dafür zu kämpfen, hat unsere Partei im August dieses Jahres in ihrem **Friedensplan** aufgerufen.

Die Stellungnahmen der Bundesregierung in den letzten Tagen sind einer wirklichen Verbesserung der Lage des deutschen Volkes abträglich.

Was die DDR betrifft, können all die Reden über ihr Recht auf staatliche Anerkennung durch die BRD nicht bemänteln, daß auch sie eine Politik gegen die Bevölkerung betreibt. Natürlich ist die Erhöhung der Zwangsumtauschsätze eine „interne Entscheidung“ — aber eben eine reaktionäre. Die Begründungen dafür sind fadenscheinig. Es ist sicher nicht der im Verhältnis zur DM gesteigene Wert der DDR-Mark; der politische Charakter dieser Maßnahme liegt auf der Hand. Inzwischen wirde das durch SED-Sekretär Gerhard Grüneberg verdeutlicht, der auch dies als „Maßnahme zur Erhöhung der Souveränität der DDR“ hinstellte.

Im übrigen ziehen auch die Beschwerden der DDR-Führung über die Behandlung ihrer Währung durch BRD-Behörden nicht, die diese z.B. in Westberlin im willkürlich festgelegten **Verhältnis 5:1 in DM** tauschen und dabei auch keine Rücksicht darauf nehmen, daß die Ausfuhr von Mark der DDR verboten ist. **Die Bonzen im Osten selbst haben mit ihrer Finanzpolitik für die Geringschätzung ihrer Währung gesorgt, indem sie die DM in der DDR faktisch zur zweiten Währung gemacht haben.** Für Westmark kann man in den Intershop-Läden einkaufen, wo es Waren gibt, die einfache Menschen in der DDR nicht kaufen können. Die Honecker-Clique ging so weit, bestimmte qualitativ hochwertige Waren in der DDR ausschließlich für den Export bzw. den Verkauf in den Intershops produzieren zu lassen.

Auch die Rentner müssen jetzt zahlen

Die KPD ist daran interessiert, die Verteifung des Grabens zwischen beiden Teilen unseres Volkes und unserer Nation zu verhindern.

Wir sind als Kommunisten der Überzeugung, daß sich der Bestand der Nation, die endgültige Sicherung des Friedens und die schließliche Wiedervereinigung unserer Heimat, die nicht zu einem imperialistischen Großdeutschland führt, nur auf der Grundlage der sozialistischen Revolution in beiden deutschen Staaten garantieren läßt.

Wir wollen und werden aber jede Möglichkeit nutzen, hier und heute Maßnahmen zu ergreifen, die der Aufrechterhaltung der Kontakte zwischen den Menschen in Ost- und Westdeutschland dienen und darauf gerichtet sind, daß Deutschland nicht in die sich weltweit zuspitzenden Auseinandersetzungen der USA und der UdSSR hineingezogen und zum Schlachtfeld eines drohenden 3. Weltkrieges wird.

Ganz konkret dazu gibt unser Friedensplan auch Maßnahmen an. Die beiden deutschen Staaten müssen sich, gelöst aus den verhängnisvollen imperialistischen Bündnissen, gegenseitig voll und uneingeschränkt staatlich anerkennen, einen Freundschafts- und Nichtangriffspakt untereinander und ebensolche Verträge mit allen Nachbarstaaten abschließen. Zwischen den beiden deutschen Staaten ist eine Konföderation zu bilden und ein gesamtdeutsches, paritätisch besetztes Gremium zu bilden zur Lösung aller Aufgaben der Abrüstung, der Förderung des Reise- und Sportverkehrs usw.; es geht um die Förderung des Handels, die Festlegung eines offiziellen Verrechnungskurses zwischen beiden deutschen Währungen und Schaffung einer Zoll- und Währungsunion sowie die Förderung aller Maßnahmen, die einem weiteren Auseinanderleben beider deutscher Staaten entgegenwirken.

Noch vor 20 Jahren kamen aus der DDR ähnliche Stellungnahmen. In einer Erläuterung zum „Deutschlandplan“ des ZK der SED hieß es: „Um ... der Vertiefung der staatlichen Spaltung der Nation entgegenzuwirken, schlugen wir die Bildung einer Konföderation der beiden deutschen Staaten, einen nationalen Kompromiß vor mit Ziel, so weit eine Verständigung über die Grundfragen der Nation herbeizuführen, daß die Gefahr des durch die Militaristen beabsichtigten Bruderkrieges gebannt wird und sich die beiden deutschen Staaten einander annähern. Von diesem Ringen um eine deutsche Konföderation werden wir nicht ablassen.“

Nur hatte damals in der DDR die Aufgabe der sozialistischen Positionen und der Ausverkauf an die UdSSR unter Chruschtschow schon begonnen.

Dies hat die SED zu einer Vasallenpartei degradieren lassen, die alle Hinweise auf die deutsche Nation in ihrem Programm und 1974 auch in der DDR-Verfassung hat streichen lassen. An ihre Stelle ist die „enge Bindung“ an die UdSSR, die „enge Verflechtung der Volkswirtschaften“ zwischen DDR und Sowjetunion usw. getreten.

Somit beweist die Politik unserer Partei, beweist unser Friedensplan auch, daß es sich bei der SED um ein Zerrbild des Kommunismus handelt.

Die wahren Kommunisten meinen es ernst mit dem Kampf für Frieden und Entspannung, für die demokratischen Interessen unseres Volkes. Wir meinen es ernst, wenn wir dazu allen Demokraten die Hand entgegenstrecken, unabhängig vom Parteibuch oder unterschiedlichen Ansichten zu weitergehenden Fragen.

Dabei dürfen wir nicht darauf warten, was „die andere Seite“ tut, wenn auch unsere Partei als einzige gesamtdeutsche Organisation in der DDR aus der Illegalität heraus im gleichen Sinne tätig ist.

Gehen wir hier in Westdeutschland gemeinsam ans Werk! Jeder Erfolg bei uns, der Austritt der BRD aus der NATO etwa, wäre ein Schlag gegen die Kriegsbrandstifter und Feinde unseres Volkes. Er wird aber nur zu erreichen sein durch Massenaktionen des friedliebenden Volkes.

Tun wir also die notwendigen Schritte, damit sich bei uns eine andere Politik durchsetzt, eine Politik der Neutralität und Blockfreiheit, der wirklichen Entspannung und Wahrung unserer nationalen Interessen.

Schaffen wir eine breite Friedensbewegung!

Vor kurzem hatte unser Redakteur für den Bereich Betrieb und Gewerkschaft Gelegenheit, ein Gespräch mit einem aktiven HBV-Gewerkschafter für den „Roten Morgen" zu führen. Thema: der 10. ordentliche Gewerkschaftstag der HBV, der vom 14. bis zum 20. September in Wiesbaden getagt hat. Der HBV-Kollege, der ca. 30 Jahre alt und verheiratet ist, war als Delegierter auf dem Gewerkschaftstag mit dabei. Er ist kein Kommunist und er ist auch nicht in der RGO organisiert. Das Gespräch ergab, daß er in vielen Punkten mit unseren Ansichten übereinstimmt, auch wenn er mit unserer Gesamteinschätzung des Gewerkschaftstages nicht ganz einverstanden ist. Auf Wunsch des Kollegen verzichten wir darauf, seinen Namen und seinen konkreten Tätigkeitsbereich zu veröffentlichen.

Gespräch mit einem Delegierten des HBV-Gewerkschaftstages

„... da brauchen wir schon starke Gewerkschaften"

Roter Morgen: Kollege, wie beurteilst Du insgesamt euren 10. ordentlichen Gewerkschaftstag?

HBV-Kollege: Meine Gesamteinschätzung ist durchaus positiv. Zwar habe ich auch Kollegen getroffen, die da anderer Meinung waren. Sie fanden das alles langweilig und meinten, man könnte da ja doch nicht viel ändern. Aber ich hatte für mich und für viele andere Delegierte doch schon das Gefühl, daß man, wenn man will, auch etwas ändern kann. Man konnte das am Beispiel verschiedener Anträge sehen. Es gab ja da von oben herab so andere Vorgaben, die schon etwas anderes wollten als die meisten Delegierten, die da unten im Saal saßen. Aber es war auch möglich, demgegenüber etwas durchzusetzen. Es gab Kampfabstimmungen. Ich fand das alles ganz schön interessant und spannend.

Roter Morgen: Das heißt also, daß die Delegierten bestimmte fortschrittliche Standpunkte oder Forderungen gegenüber den Führungsgremien durchsetzen mußten?

HBV-Kollege: Ja und das hat zum Teil auch geklappt. Es sind teilweise fortschrittlichere Anträge verabschiedet worden, als von der Antragsprüfungskommission empfohlen war. Nicht bei allem und jedem. Es gibt ja auch unter den Delegierten unterschiedliche Meinungen, die da auch zum Tragen kommen. Zum Teil waren die Delegierten aber auch einfach überfordert bei dieser Menge von Anträgen und wichtigen Fragen. Mir ist es auch so gegangen. Da hätte man ja wochenlang freigestellt sein müssen, um sich auf alles genügend vorzubereiten. Trotzdem fand ich die Beteiligung der Delegierten an den Beratungen und Debatten sehr gut. Ich habe zwar noch keinen anderen Gewerkschaftstag mitgemacht. Aber Kollegen, die zum Beispiel auch schon auf Gewerkschaftstagen anderer Gewerkschaften waren, haben mir erzählt, dort wäre alles viel eingefahrener und es gäbe dort auch nicht so viele Diskussionsbeiträge wie bei uns. Ein gutes Zeichen fand ich übrigens auch, daß auf unserem Gewerkschaftstag noch 31 Initiativanträge eingebracht wurden. Darunter war z. B. einer, der den Militärputsch in der Türkei verurteilt. Auch zur Solidarität mit den streikenden polnischen Arbeitern war einer dabei.

Roter Morgen: Nenne doch bitte ein Beispiel, wo die Delegierten gegenüber der Gewerkschaftsführung einen besseren als den zur Annahme vorgesehenen Antrag durchsetzen konnten.

HBV-Kollege: Nehmen wir den Antrag zum Thema Frieden und Abrüstung. Von der Antragsprüfungskommission war eine Entschließung zur Annahme vorgeschlagen worden, die vom Gewerkschaftsausschuß stammt und auf SPD-Linie liegt. Aber die meisten Delegierten wollten eine andere Entschließung haben, die von der Jugendkonferenz der HBV stammt und die einfach besser ist. Da wird klar Abrüstung gefordert und die Entscheidung der NATO, atomare Mittelstreckenraketen in Westeuropa zu stationieren, wird verurteilt. Der Hauptvorstand der HBV wird aufgefordert, auf den DGB einzuwirken, daß er sich für die Rücknahme der NATO-Beschlüsse einsetzt, für eine aktive Entspannungspolitik und gegen die Stationierung der Neutronenbombe in der Bundesrepublik. Diese Entschließung wurde dann auch angenommen, obwohl sie nicht von der Antragsprüfungskommission vorgeschlagen war.

Solche Erfahrungen waren für mich wichtig. Wichtig fand ich aber auch, was so drum herum war auf dem Gewerkschaftstag. Die Diskussionen vor der Halle oder in den Räumen, die vielen Ansprechpartner die man hatte.

Roter Morgen: Wie schätzt Du den neugewählten Hauptvorstand ein?

HBV-Kollege: Über die Kollegen, die zur Kandidatur vorgeschlagen waren, hatten wir vorher schon einiges gehört. Wir konnten sie ja vorher auf vielen Veranstaltungen kennenlernen. Gegenkandidaten gab es nicht. In dem neuen Hauptvorstand sind Kollegen aus den wichtigsten Parteien vertreten, aus der SPD, aber auch aus der CDU ist ein Kollege. Niemand kann also sagen, wir hätten nur so Linke da drin. Ich würde den neuen Hauptvorstand als fortschrittlich und stark einschätzen. Ich glaube schon, daß er zum Beispiel den Angriff von wegen „kommunistischer Unterwanderung" usw. ein bischen anders gegenüberstehen kann, weil er einfach stärker ist und vielleicht auch nicht schon so zermürbt in dieser Auseinandersetzung, die vorher war. Für die nächsten Jahre steht ja einiges an bei HBV. Die Rationalisierung in unserem Bereich. Da werden wir viele Kollegen organisieren können, denn da wird Not auf die Leute zukommen. Da ist es schon wichtig, daß wir einen Hauptvorstand haben, auf den wir uns verlassen können und der gewährleistet, daß das von oben nach unten und von unten nach oben besser klappt. Nicht daß die da so als Gremium herumhocken und keine Verbindung mehr zur Basis haben.

Roter Morgen: Bist Du da so sicher, daß man sich auf diesen Hauptvorstand wirklich verlassen kann?

HBV-Kollege: Ich kenne nicht alle so persönlich, die da drin sind. Aber ich weiß von einem Kollegen mit Sicherheit, daß er eine Meinung vertritt, die auch meine ist. Ich denke schon, daß der die richtigen Standpunkte vertritt. Was unseren 1. Vorsitzenden angeht, den Kollegen Volkmar, den habe ich immer nur kennengelernt in Situationen, wo eben mehr taktiert wurde. Aber Taktieren ist irgendwo auch wichtig. Ich kann nicht immer nur versuchen, mit dem Kopf durch die Wand zu wollen, obwohl das vielleicht mir persönlich schon lieber wäre. Ich meine schon, daß, wenn es der Sache nützt, man dann auch taktieren muß. Im großen und ganzen glaube ich, daß dieser Hauptvorstand, in dem ja auch fast alles neue Leute sind, schon weiß, um was es letztendlich geht.

Roter Morgen: Aber muß man nicht bedenken, daß die HBV doch unter einem sehr starken Druck der reaktionären Kräfte steht, nicht zuletzt auch der innergewerkschaftlichen Reaktion?

HBV-Kollege: Immerhin haben wir da nun Kollegen drin, die siehst du auch noch auf Gewerkschaftsveranstaltungen und die sind noch greifbar für dich. Ich glaube nicht, daß das Illusionen sind. Ja, und der Druck — sicher! Aber dieser neue Hauptvorstand ist auf jeden Fall stärker als der alte. Und die Kollegen wußten schließlich, als sie sich zur Wahl stellten, was in den nächsten Jahren auf uns zukommt. Ich meine, schon daß sie es schaffen können, das umzusetzen, was wir auf dem Gewerkschaftstag beschlossen haben. Natürlich werden sie auch taktieren müssen. Wir müssen auch Einheit demonstrieren. Das ist auch wichtig. Und wir, die HBV, machen mitgliedermäßig im gesamten DGB nur 5 Prozent aus, was wir in mancher Hinsicht halt auch mit abwägen müssen.

Roter Morgen: Wollen wir das Beste hoffen. Ich bin da eher skeptisch. Meiner Meinung nach hätte der Gewerkschaftstag auf die Hetze mit der „kommunistischen Unterwanderung" nicht so defensiv reagieren dürfen. Da habt ihr echt zuviel taktiert. Die reaktionäre Forderung des Antrages aus Oldenburg nach Ausweitung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf die DKP hätte man klar und offen abschmettern müssen, denn die überwältigende Mehrheit der Delegierten war sich in diesem Punkt doch einig. Der Initiativantrag des Hauptvorstands, der stattdessen verabschiedet wurde, weist zwar die Hetzparole von der „kommunistischen Unterwanderung" zurück, nicht aber die spalterischen Angriffe auf die Mitgliedschaft von Kommunisten und DKP-Kollegen in der Gewerkschaft. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen uns und andere oppositionelle Kollegen werden sogar ausdrücklich bekräftigt. Das ist für mich keine konsequente Verteidigung der Einheitsgewerkschaft.

HBV-Kollege: Ich meine, bei dem Oldenburger Antrag konnte man sehen, daß viele Delegierte ihn einfach vom Tisch haben wollten. Ihre Überlegung war, daß die Auseinandersetzung darüber nicht auf diesem Gewerkschaftstag laufen sollte. Die Kollegen hielten das wegen der heftigen Anwürfe in der Öffentlichkeit gegen die HBV für einen ungünstigen Zeitpunkt. Deshalb haben sie für die Resolution des Hauptvorstandes gestimmt. Sie wollten die ganze Sache mit der „kommunistischen Unterwanderung" erst einmal weg haben, all diese Angriffe, die da gegen die HBV laufen, weil uns das schadet, vor allem auch unserer Gewerkschaftsarbeit im Betrieb. Ich persönlich hätte es auch besser gefunden, zu sagen: Hier — wir lehnen diesen Antrag aus Oldenburg klar ab und damit ist die Sache ein für allemal gegessen. Ich glaube nämlich, daß das doch weitergehen wird mit diesen Angriffen, solange wir da so herumtaktieren...

Roter Morgen: ...zumal damit die Unvereinbarkeitsbeschlüsse erneut bekräftigt wurden, obwohl ja fortschrittliche Kollegen der HBV die Initiative für ihre Beseitigung ergriffen haben.

HBV-Kollege: Es gab zwei Anträge, die die Abschaffung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse fordern, einer aus Bremen und einer von der Berliner Landesdelegiertenkonferenz. Aber sie waren dann mit der Verabschiedung der Entschließung zur Einheitsgewerkschaft leider vom Tisch. Ich hätte diese Anträge auf jeden Fall unterstützt. Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß die Kollegen, gegen die sich das richtet, auch gute Kollegen sind, die aktiv mitarbeiten. Ich selbst arbeite mit diesen Kollegen gut zusammen. Daß solche Kollegen mit Ausschluß bedroht sind, finde ich schlimm. Allerdingst gibt es auch solche, die mit Gewerkschaftsarbeit nicht viel am Hut haben und die nur ihre Position durchsetzen wollen, die nicht die Position der Arbeiter ist.

Roter Morgen: Nun gut — die gibt es natürlich auch. Aber die tatsächlichen Gewerkschaftsfeinde, das sind ja nicht irgendwelche linken Spinner. Wer doch großen Schaden anrichtet, sind eher solche Typen wie Vetter, Loderer oder Hauenschild. Die fallen doch systematisch jedem konsequenten gewerkschaftlichen Kampf in den Rücken. Und genau die wollen doch mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen die fortschrittlichen Gewerkschafter auseinanderdividieren.

HBV-Kollege: Da ist schon etwas dran. Allerdings können sie ja nicht alle Kollegen, die in aktiver Opposition stehen, ausschließen. Das ist ja wohl unmöglich. Das sind ja auch nicht nur Kollegen, die in K-Gruppen oder was weiß ich organisiert sind. Es gibt auch viele parteilose Kollegen oder Kollegen aus anderen Parteien, die oppositionell sind und eine fortschrittliche Gewerkschaftsarbeit machen.

Roter Morgen: Man muß aber bedenken, welche Auswirkungen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse über den Kreis der unmittelbar betroffenen Kollegen hinaus haben. Da soll ein Klima des Mißtrauens, des Leisetretens und der Denunziation erzeugt werden.

HBV-Kollege: Das sehe ich auch so. Deshalb bin ich ja für die Abschaffung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Genauso wie ich auch gegen das Gerede von der „kommunistischen Unterwanderung" bin. Da soll der Eindruck erweckt werden, als würden sich da still und heimlich welche Einschleichen mit irgendwelchen dunklen Absichten. Und als hätten da nun in der HBV überall Leute das Sagen, die eine Meinung durchbringen wollen, die nicht die Meinung der HBV-Basis ist. Das stimmt so nicht. Nicht bei der HBV und auch sicher nicht bei anderen Gewerkschaften.

Roter Morgen: Glaubst Du denn, daß wir Kommunisten etwas durchsetzen wollen, eine Meinung oder Ziele, die im Gegensatz zu den Zielen der Gewerkschaftsbewegung stehen?

HBV-Kollege: Nein, das glaube ich nicht. Und wenn man die Geschichte so zurückverfolgt, dann sieht man, daß es ganz anders ist. Man braucht doch nur an die KZs unter Hitler zu denken. Da waren Kommunisten, Sozialisten, Christen und wer weiß ich alles zusammen...

Roter Morgen: ...die KZs waren halt auch total kommunistisch unterwandert...

HBV-Kollege: ...und da haben diese Kollegen damals gesagt, daß sie auch hinterher, wenn der Faschismus nicht mehr herrscht, gemeinsam kämpfen und zusammenarbeiten werden, damit nie wieder so etwas möglich ist, was 1933 möglich war. Aber wie hat sich das nun alles wieder entwickelt in diesem unserem Staat? Das sieht man ja. Es ist leider anders gelaufen, als es von rechtswegen hätte laufen müssen. Und daß überhaupt diese Parole so aufkommt mit der angeblichen kommunistischen Unterwanderung, ist auch so ein Punkt.

Roter Morgen: Da stoßen wir auf die Frage, was mit dieser Parole eigentlich bezweckt werden soll.

HBV-Kollege: Ich würde das erst mal so sehen: Gerade bei der HBV setzen sie damit ja besonders stark an. Und warum? Die HBV ist jung und in den letzten Jahren sehr stark gewachsen. Da haben gewisse Leute offensichtlich Angst, vor unserer Entwicklung. Davor, daß die HBV fortschrittlicher ist. Bei uns gibt es viel mehr junge Sekretäre, als in den anderen Gewerkschaften. Viele, die fortschrittlicher sind, als das oft sonst im DGB der Fall ist und die eine konsequentere Gewerkschaftspolitik machen, wenn man das so sagen kann. Und wenn man bedenkt, was in den nächsten Jahren auf uns zukommt, da brauchen wir schon starke Gewerkschaften. Von daher, glaube ich, versucht man, uns mit dieser Hetze kleinzuhalten. Man schadet mit dem Gerede von der Unterwanderung ja auch unserer Arbeit im Betrieb. Die Leute sollen abgeschreckt werden von der HBV, damit sie vielleicht eher zur DAG gehen, so nach dem Motto: „In einem kommunistischen Verein lass' ich mich lieber nicht organisieren". Und auch sonst schadet diese Unterwanderungsdiskussion unserer Arbeit. Man sieht es ja an unserem Gewerkschaftstag. Da wird unheimlich viel von der Kraft, die die Gewerkschaft hat, weggenommen, dadurch, daß von den eigentlichen Aufgaben abgelenkt wird. Man hat für nicht mehr viel andere Sachen Zeit. Ich glaube, daß ganz bestimmte Kräfte ein starkes Interesse daran haben, daß diese Unterwanderungsdiskussion da ist und daß sie weitergeht. Und das haben wir nun leider nicht geschafft auf dem Gewerkschaftstag, diese Sache ein für allemal vom Tisch zu bekommen.

ROTER Morgen: Noch ein Wort zu Heinz Oskar Vetter. Der DGB-Vorsitzende hat ja in seinem berüchtigten Brief zum Fall Albers die Vorwürfe gegen die HBV, die von Kräften wie dem ZDF-Moderator Gerhard Löwenthal und der DAG in die Welt gesetzt wurden, selbst aufgegriffen, anstatt klar und solidarisch dagegen Stellung zu beziehen.

HBV-Kollege: Was ich dabei so unverständlich finde: Er sagte auf dem Gewerkschaftstag nicht etwa, daß ihm das leid täte, was er da gemacht hat und daß er die Sache falsch eingeschätzt habe. nein, schlimm an der Sache sei vielmehr nur, daß der Brief durchgesickert sei. Das finde ich wirklich absurd. Das ist für uns doch gerade eine wichtige Sache, daß wir wissen: Was machen die eigentlich da oben, was ist da am Laufen? Das fand ich nun schon ein dickes Ding von Vetter!

Roter Morgen: Das finde ich auch. Ich schlage vor, daß wir damit zum Schluß kommen und bedanke mich herzlich für dieses interessante Gespräch.

Die HBV ist eine junge und kämpferische Gewerkschaft. In den letzten Jahren kam es zum ersten Mal in der Bundesrepublik und in Westberlin zu zahlreichen Warnstreiks im Einzelhandel.

Gewerkschaftstag der IG Druck und der Postgewerkschaft

Zwei Kongresse mit großen Unterschieden

AUGSBURG/WESTBERLIN.— Die Gewerkschaftstage der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) und der IG Druck und Papier, die beide am letzten Wochenende abgeschlossen wurden, spiegeln in ihrer Unterschiedlichkeit gewissermaßen die Polarisierung zwischen fortschrittlichen, klassenkämpferischen und reaktionären, sozialpartnerschaftlichen Tendenzen im DGB wider.

Damit soll aber nicht gesagt sein, die Postgewerkschaft stehe nur für die sozialpartnerschaftliche, die IG Druck hingegen für die klassenkämpferische Tendenz. Dieser Gegensatz zieht sich vielmehr durch beide Gewerkschaften hindurch, allerdings mit verschiedenen Gewichten.

Der Kongreß der IG Druck war deutlich geprägt durch die Bestrebungen oppositioneller klassenkämpferischer Gewerkschafter nach Durchsetzung einer konsequent klassenkämpferischen und antifaschistischen Politik in der IG Druck und im gesamten DGB. Antikommunistische Stimmungmache und sozialpartnerschaftliche Illusionspolitik konnten sich hier kaum Geltung verschaffen. Anders war es leider in Westberlin auf dem Kongreß der Postbediensteten.

Auf dem Kongreß der Postkollegen gab es natürlich durchaus auch fortschrittliche Tendenzen. So wurde ein Antrag zu der besorgniserregenden Zunahme neofaschistischer Aktivitäten verabschiedet. Allerdings gegen den Widerstand des wiedergewählten DPG-Vorsitzenden Ernst Breit, der diesen Antrag als einseitig bezeichnete, weil er nicht mit gleicher Konsequenz auch den „Linksextremismus" verurteile.

Leider gelang es den reaktionären DPG-Bonzen, die Aufhebung des berüchtigten Beschlusses des Gewerkschaftsrates der DPG zu verhindern, der DKP-Mitglieder zu Gewerkschaftsmitgliedern zweiter Klasse mit Funktionsverbot stempelt.

Breit und Konsorten konnten dabei den Reichsbahnerstreik in Westberlin und die arbeiterfeindliche Rolle der SEW bzw. der DKP in diesem Zusammenhang ausnutzen, um antikommunistische Emotionen gegen DKP- bzw. SEW-Mitglieder hochzupeitschen.

Der Druck der gewerkschaftlichen Basis in der DPG zwang aber auch Ernst Breit zu gewissen Zugeständnissen. So forderte er zum Beispiel eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit in den achtziger Jahren, ohne dabei allerdings konkret die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche zum Ziel zu erklären. Wir werden auf den Gewerkschaftstag der DPG im nächsten „Roten Morgen" noch einmal genauer zurückkommen.

Soll der DGB-Führung ein „Opfer gebracht" werden?

Ausschlußverfahren gegen KBW-Mitglied in der IG Druck

STUTTGART.— Der Landesbezirksvorstand der IG Druck und Papier von Baden-Württemberg will den Stuttgarter Gewerkschafter Harald Schöpfer wegen Mitgliedschaft im KBW aus der Druckergewerkschaft ausschließen.

Harald Schöpfer, ehemaliger Betriebsrat, ist heute Betriebs-Obmann, Vertrauensmann und Mitglied des Ortsvereinsvorstandes der Stuttgarter IG Druck und Papier. Der Anlaß für den skandalösen Ausschlußantrag des baden-württembergischen Landesvorstands ist die Kandidatur von Harald Schöpfer für den Bundestagswahl für den KBW. In der IG Druck gibt es jedoch für einen Ausschluß allein wegen einer Partei- bzw. politischen Organisationsmitgliedschaft keine satzungsmäßige Grundlage.

Der Landesvorstand begründet den Ausschlußantrag mit dem Argument, der KBW setze sich nicht für die Erhaltung der Einheitsgewerkschaft ein. In einem Brief erklärte der Landesvorstand dazu:

„Bis zum Beweis, den der Kollege Schöpfer zu erbringen hat, daß sich der KBW eindeutig für die Einheitsgewerkschaft und deren Erhaltung nach den Grundsätzen der DGB-Gewerkschaften erklärt, halten wir nach wie vor daran fest, daß die Mitgliedschaft des Kollegen Harald Schöpfer in der Industriegewerkschaft Druck und Papier mit seiner Tätigkeit im KBW unvereinbar ist und demzufolge ein Ausschlußverfahren geboten ist."

Dieses Vorgehen schlägt den Erklärungen des Gewerkschaftstages und auch des Hauptvorstands der IG Druck und Papier zur Einheitsgewerkschaft und zur weltanschaulich-politischen Toleranz im DGB direkt ins Gesicht. In der Stuttgarter IG Druck hat sich eine breite Solidaritätsfront gegen den Ausschlußantrag gebildet. Die Versammlung der Vertrauensleute des Ortsvereins Stuttgart der IG Druck hat in einer Resolution gegen den Ausschlußversuch scharfen Protest angemeldet.

Die bloße Mitgliedschaft im KBW sei — so die Vertrauensleute — kein gewerkschaftsschädigendes Verhalten. Der Vorstand des Ortsvereins Stuttgart der IG Druck hat mit 15 gegen eine Stimme bei zwei Enthaltungen den Ausschlußantrag abgelehnt.

Unter Stuttgarter Gewerkschaftern besteht der Verdacht, daß hier der DGB-Führung ein Opfer gebracht werden soll, um sie im Hinblick auf die gegen die offizielle DGB-Linie gerichteten Stellungnahmen des Gewerkschaftstages der IG Druck zu beschwichtigen.

Gewerkschaftstag IG Druck und Papier

Auf die eigene Kraft besinnen!

Der 12. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier nimmt in der Serie der Gewerkschaftstage, die bisher in diesem Jahr abgehalten wurden, eine Sonderstellung ein. Nirgends wurde so klar und konsequent die im DGB insgesamt vorherrschende Linie der Sozialpartnerschaft angegriffen, nirgends so entschieden die Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse und die Durchsetzung der brennend wichtigen Forderungen der Gewerkschaftsbewegung zur Maxime des gewerkschaftlichen Handelns erklärt.

Nicht zu Unrecht hängt der IG Druck der Ruf an, im Spektrum des DGB diejenige Gewerkschaft zu sein, die ganz linksaußen angesiedelt ist. Dieser Kongreß der Druckerei- und Papierarbeiter hat es bestätigt. Das gilt vor allem im Hinblick auf die Anträge und Entschließungen, die dem Kongreß vorgelegen haben. Ein Teil davon läßt in seinen Aussagen und Forderungen keine Wünsche offen, so kompromißlos werden Interessen der Arbeiter in wirtschaftlicher wie auch politischer Hinsicht aufs Tapet gebracht, so eindeutig wird in der gewerkschaftspolitischen Auseinandersetzung Partei für die fortschrittlichen, klassenkämpferischen Strömungen im DGB ergriffen.

Allerdings hat auch dieser Gewerkschaftstag seine negative Seite. Gerade die konsequentesten Anträge fielen meist der Zensur der Führungsgremien zum Opfer, indem ihre Erledigung durch gemäßigte oder eher kompromißlerische Leitanträge empfohlen wurde. Ein Widerspruch klafft zwischen der von der IG-Druck-Führung durchgesetzten Linie des Zurückweichens in den Lohn- und Tarifauseinandersetzungen und verschiedenen konsequenten Stellungnahmen des Vorsitzenden Mahlein gegen die Sozialpartnerschaft.

Auf dem Gewerkschaftstag selbst kam die Unzufriedenheit der Basis mit den Tarifabschlüssen der IG Druck und mit abwieglerischen Haltungen der Gewerkschaftsführung bei Tarifrunden sowie beim Streik des Frühjahres 1978 für den Tarifvertrag gegen die Auswirkungen der neuen Technik auch durchaus zum Ausdruck. Eine Reihe von Delegierten kritisierte mit Recht eine Reihe von faulen Ergebnissen dieser Tarifpolitik der IG-Druck-Führung. Allerdings wurden diese Widersprüche nicht konsequent ausdiskutiert und an der Wurzel gepackt.

Es geht hier nicht darum, einen Mahlein oder Hensche mit reaktionären Gewerkschaftsbossen wie etwa Hauenschild oder Loderer in einen Topf zu werfen. Die IG-Druck-Führung hat sich zweifellos Verdienste in der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung erworben, indem sie zum Beispiel den Finger auf einige böse Wunden gelegt hat, die den Grundgedanken der Einheitsgewerkschaft von der innergewerkschaftlichen Reaktion geschlagen wurden. Das verkennen wir nicht.

Andererseits aber können wir das versöhnlerische Taktieren Mahleins und der IG-Druck-Führung gegenüber den reaktionären Kräften im DGB nicht billigen. Mahlein rechtfertigt seine Taktik damit, daß die IG Druck und Papier nicht in der Lage sei, als kleine Einzelgewerkschaft im Alleingang vorzupreschen und aus der Gesamtlinie des DGB auszubrechen, hin zu einer konsequenten klassenkämpferischen Linie.

Gewiß: Die Kapitalisten und die Reaktion würden dann zum gnadenlosen Angriff auf die DruPa blasen. Aber stünde die Druckergewerkschaft denn dabei isoliert da? Würden nicht alle klassenkämpferischen Kräfte im gesamten DGB an ihrer Seite stehen?

Eine umfassende und konkrete Bilanz und Einschätzung des IG-Druck-Gewerkschaftstages wird der „Rote Morgen" in seiner nächsten Ausgabe geben.

Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier

Auszüge aus dem Rechenschaftsbericht

Im folgenden bringen wir Zitate aus dem schriftlichen Geschäftsbericht des Hauptvorstands der IG Druck und Papier sowie aus dem mündlichen Rechenschaftsbericht ihres Ersten Vorsitzenden Leonhard Mahlein.

„Sozialpartnerschaft"

Vielleicht könnten wir uns ein wenig mehr an Tarifpartnerschaft vorstellen, wenn man uns die Unternehmer zeigen könnte, die unsere Betriebsräte und gewerkschaftlichen Vertrauensleute bei der Durchsetzung ihrer Rechte nicht hindern, sondern sie dabei unterstützen würden. Aber es geht wohl eher ein Kamel durch ein Nadelöhr, als daß dies geschehen könnte. Und weil das so ist, werden wir auch weiterhin die Tatsachen beim Namen nennen. (Mahlein)

+ + +

Wir lehnen also ein Politik der „Sozialpartnerschaft" mit einer solchen hintergründigen Fassade strikt ab. Die Sozialpartnerschaftsideologie geht von der Annahme aus, daß beide Faktoren übereinstimmende Interessen und Ziele hätten. Diese Ideologie leugnet zwar nicht spezifische Arbeitnehmerinteressen, doch wird dem Prinzip der Gewinnanhäufung stets Vorrang eingeräumt. „Sozialpartnerschaft" bedeutet im Kern die Unterordnung der Interessen der abhängig Beschäftigten unter die Kapitalinteressen, und den Gewerkschaften wird mit der Verpflichtung auf das Gemeinwohl die Rolle einer staatlichen Organisation zugedacht, die ihre Funktion hauptsächlich in der Integration in das herrschende System sieht. Ich meine, diese „Gebote der Sozialpartnerschafts-Ideologie" widersprechen unserem gewerkschaftlichen Auftrag und können deshalb nicht das Leitmotiv unserer Tätigkeit sein. Wir sind nicht bereit, uns unter Berufung auf eine sogenannte Ordnungsfunktion zur „Feuerwehr der Unternehmer und ihrer Verbände" degradieren zu lassen. (Mahlein)

Aussperrung

Aus dieser sozial- und allgemeinpolitischen Bedeutung der Aussperrung folgt, daß auch der Kampf gegen sie nur als eine solche politische Auseinandersetzung begriffen werden kann. (Schriftl. Geschäftsbericht)

+ + +

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Herren vom Bundesverband Druck sollen wissen, daß das Wort „Aussperrung" für uns bis zum gesetzlichen Verbot ein Reizwort bleibt, das niemals in einen Tarifvertrag Eingang finden wird. (Mahlein)

+ + +

Die in diesem Zusammenhang oft geäußerte Drohung bzw. Befürchtung mit einem Verbändegesetz ist schon fast als Bluff zu bezeichnen und dürfte kaum realen politischen Inhalt haben. (Schriftl. Geschäftsbericht)

35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich

Da wir weder Ersatzpartei noch Befehlsempfänger eine Partei sind, werden wir die andersgeartete Auffassung des Bundeskanzlers zur 35-Stunden-Woche nur zur Kenntnis nehmen. Aber auch der konservative FDP-Bundeswirtschaftsminister wird uns nicht daran hindern, diese Forderung nicht nur zu stellen, sondern sie auch zu realisieren. (Mahlein)

Einheitsgewerkschaft und DGB-Grundsatzprogramm

Ausgerechnet im 30. Jahr ihres Bestehens wurde die Einheitsgewerkschaft, aus kleinkarierten politischen Erwägungen heraus, in Frage gestellt. Dabei wurde der Begriff der Einheitsgewerkschaft so verbogen, daß man bei denen, die so zu Werke gehen, neben dem offenkundigen politischen Interesse an solchen Manipulationen auch eine große Portion an Ignoranz vermuten muß.

(...) Die Stellungnahme der Gewerkschaften zu politischen Fragen, die über den engen Kreis lohn- und sozialpolitischer Interessen hinausgeht, ist eine unverzichtbare Notwendigkeit und bedeutet keineswegs eine Verletzung parteipolitischer Unabhängigkeit. Diese bedeutet aber die prinzipielle Gleichberechtigung politischer Vorstellungen, Zielsetzungen und Interpretationen der wirtschaftlichen und sozialen Wirklichkeit. So haben Vorstellungen von einer Klassengesellschaft denselben legitimen Platz, wie die Annahme einer pluralistischen Gesellschaft. Sozialpartnerschaftliche Leitbilder der katholischen Soziallehre müssen ebenso legitim sein, wie eine Politik der konsequenten Gegenwehr, die davon ausgeht, daß die Klassengegensätze nicht aufgehoben sind.

Allgemeingültiger Maßstab für das Verhalten der Mitglieder und Funktionäre kann nur das praktische gewerkschaftliche Verhalten sein. (Schriftl. Geschäftsbericht)

+ + +

Diese Einheitsgewerkschaft haben wir aktiv und mit allen Mitteln zu verteidigen; denn sie wurde im gemeinsamen Kampf in den Konzentrationslagern gegen den Faschismus geboren, und sie hat die historischen Traditionen, politischen Richtungen und geistigen Strömungen der Arbeiterbewegung zusammengeführt sowie Christen, Sozialdemokraten und Kommunisten und Parteilose in einer gemeinsamen Organisation vereint. (Mahlein)

Gewerkschaftstag Druck und Papier

Auszüge aus einigen Anträgen

Landesbezirk Baden-Württemberg: Entschließung zur Tarifpolitik

Arbeitsplatzsicherung

Die zur Zeit dringendste Tariffrage ist die Sicherung der Arbeitsplätze. Sie ist durch Rationalisierung, durch den Einsatz neuer Techniken und durch die Erhöhung des Leistungsdrucks gefährdet. Gegen diese Tendenzen müssen die Gewerkschaften unter anderen folgende Forderungen aufstellen und durchsetzen:

- **Keine Kündigung bei Einführung neuer Techniken.**
- **Keine Abqualifizierung und kein Lohnverlust durch die Einführung neuer Techniken.**
- **Einführung neuer Techniken erst nach Abschluß eines entsprechenden Tarifvertrages.**
- **Mitbestimmung des Betriebsrats bei der Einführung neuer Techniken und bei der Besetzung der neuen Geräte.**
- **Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.**

Lohntarife

In der Lohnpolitik darf nicht länger nur ein Inflationsausgleich bzw. die Absicherung des Lohnes gefordert werden, während der Produktivitätszuwachs allein den Unternehmern überlassen wird. Offensive Tarifpolitik muß daher auch expansive Lohnpolitik bedeuten.

- **Bei Lohnkämpfen muß der Anteil an der Produktivitätssteigerung nicht nur als „Speck" für Verhandlungen, sondern muß als konkretes Kampfziel definiert werden.**
- **Lohnabschlüsse sollen auch der Einheit der Lohnabhängigen dienen. Daher muß bei Abschlüssen versucht werden, die Lohnschere nicht noch weiter auseinandergehen zu lassen. Festgeldforderungen und zusätzliche Anhebung unterer Lohngruppen sind dazu geeignete Mittel.**
- **Die verfassungswidrige Benachteiligung von Frauen darf durch entsprechende Bestimmungen in den Tarifverträgen nicht noch verstärkt werden. Lohnbarrieren wie Schwerstarbeit-Kriterien müssen beseitigt werden. (...)**

Auf die eigene Kraft besinnen

Umfassende Information und Einbeziehung der Mitglieder beim Entscheidungsprozeß in der Tarifpolitik sind Voraussetzung für die nötige Mobilisierung der Mitglieder. Gerade die Einbeziehung der Mitglieder und die Bereitschaft der Führung, einen eingeschlagenen Weg nach Kritik durch die Mitgliedschaft zu ändern, gab während des Arbeitskampfes in der Druckindustrie im Jahr 1978 trotz ungünstiger Finanzen die notwendige Kraft für die Durchsetzung eines verbesserten Tarifvertrages.

Landesbezirk Baden-Württemberg: Verteidigung und Festigung der Einheitsgewerkschaft

(...) Die Unabhängigkeit der Einheitsgewerkschaft ist dann in Gefahr, wenn durch den Vorwurf „drohender Unterwanderung" oder durch Unvereinbarkeitsbeschlüsse ein Klima geschaffen wird, in dem sich die organisierten Mitglieder nicht länger offen über ihre Ziele verständigen können und in gemeinsamer Debatte den Weg festlegen und Beschlüsse fassen. Unvereinbarkeit kann sich von daher nur auf ein Verhalten beziehen, das sich konkret nachweisbar gewerkschaftsschädigend und gegen die Interessen der Lohnabhängigen wendet. Die eigentliche Aufgabe sollte aber heute weniger darin bestehen, zu diskutieren, wer zur Einheitsgewerkschaft gehört und wer nicht; vielmehr gilt es, daß sich die Gewerkschaften nicht vom Kampf für ihre gerechten Ziele abhalten lassen und ihn offensiv für alle Lohnabhängigen führen. Nur auf diese Weise können auch alle Spaltungsversuche, die wir derzeit feststellen, erfolgreich abgewehrt werden.

Der Hauptvorstand soll im Rahmen des DGB auch auf die anderen Einzelgewerkschaften einwirken, vorhandene „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" ersatzlos zu streichen; Mitglieder faschistischer Organisationen sind von der Mitgliedschaft auszuschließen.

Französische Firma verleiht englische Krankenschwestern

Moderner Sklavenhandel — staatlich gefördert!

„Sozialer Rechtsstaat" in der Praxis

DORTMUND.— Einerseits schränkte dieser „soziale Rechtsstaat" im Rahmen der sogenannten Kostendämpfung die Zahl der Ausbildungsplätze für Krankenschwestern bzw. -pfleger verantwortungslos ein. Andererseits gestattet er es modernen Sklavenhändlern, mit dem daraus resultierenden Personalnotstand ihr schmutziges Geschäft zu machen.

Nicht nur in der Privatwirtschaft — auch im öffentlichen Dienst treiben hierzulande die modernen Sklavenhändler ihr Unwesen. Beispielsweise beschaffte sich das städtische Krankenhaus in München-Neu-Perlach von einer solchen Sklavenhändlerfirma 31 qualifizierte Krankenschwestern aus Britannien, um so die Personallücken zu füllen.

Das Monopol auf den Handel mit englischen Krankenschwestern hält offenbar die multinationale französische Firma „Bureau & Industry Services — BIS LTD.". Die BIS LTD unterhält in Frankfurt am Main eine „Verkaufsvertretung BRD".

Auf einer umfangreichen Preisliste bietet die Firma ihre Ware an: staatlich examinierte Krankenschwestern, die auf dem britischen Inselreich keine Stelle finden, in verschiedenen Preislagen, je nach dem Grad ihrer Ausbildung. Von der Krankenschwester mit zweijähriger praktischer Ausbildung bis zur Fachkraft für den OP-Dienst mit Zusatzausbildung ist alles zu haben.

Der Interessent hat je nach Qualifikation der gewünschten Fachkraft einen Preis an die Firma BIS LTD zu entrichten, der pro Person und Arbeitsstunde zwischen 27 und 30 Mark liegt. „Arbeitgeber" bleibt die Firma BIS LTD, in deren Händen die Bezahlung der Leihschwestern wie auch die sonstigen Dinge liegen, etwa Krankenversicherung, Wohnungsbeschaffung usw. Natürlich erhalten die Leihschwestern nur einen kleinen Teil dessen, was die Sklavenhändlerfirma für sie kassiert. Auf den hiesigen Tarif haben sie keinen Anspruch. Sie werden unterbezahlt.

Andererseits sind die Kosten, die dem Krankenhaus entstehen, höher als sie für eine regulär eingestellte gleichwertige Fachkraft wären. Schließlich will die Verleihfirma ja auch leben! So werden hierzulande Kosten gedämpft! Leidtragende sind dabei die Patienten und das Krankenhauspersonal, während moderne Sklavenhändler sich mit enormen Gewinnspannen gesundstoßen. Und die Behörden dieses Staates segnen den ganzen Skandal mit Brief und Siegel ab. So verlängerte das Landesarbeitsamt Nordrhein-Westfalen im vergangenen März für die Firma BIS LTD die Erlaubnis zur „gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung" um ein weiteres Jahr bis zum 12. April 1981.

Der Hintergrund für diese skandalösen Geschäfte ist die extreme Unterbesetzung mit Personal in vielen Krankenhäusern, die vor allem durch das Krankenhausfinanzierungsgesetz bedingt ist. Die Krankenhäuser sind danach angehalten, „wirtschaftlich" zu arbeiten. So werden zum Beispiel die Planstellen nach unten gedrückt und die Ausbildungsplätze für Ärzte und Pflegepersonal werden eingeengt. Bei letzterem so stark, daß in der Bundesrepublik und Westberlin inzwischen ein starker Mangel an ausgebildeten Krankenschwestern bzw. -pflegern besteht. Nach Angaben der Deutschen Krankenhausgesellschaft fehlen gegenwärtig 28 000 Schwestern bzw. Pfleger.

Ein Beispiel ist das Zentralkrankenhaus Bremen Ost. Der Pflegebereich in der medizinischen Klinik ist katastrophal unterbesetzt. Die Pflegedienstleitung wandte sich nun mit der Begründung, anders seien die fehlenden Kräfte nicht zu bekommen, an die Firma BIS LTD, um die unbesetzten Planstellen mit englischen Leihschwestern zu besetzen. Allerdings machte der Personalrat zu Recht einen Strich durch diese Rechnung. Er lehnte diese „Lösung" entschieden ab, obwohl er damit nicht sofort bei allen Kollegen, die unter der gegenwärtig unerträglichen Arbeitsüberlastung zu leiden haben, auf Verständnis traf.

Der Personalrat wies aber richtig darauf hin, daß es notwendig ist, die Personalausstattung der Klinik möglichst schnell zu verbessern und daß die Scheinlösung, die mit den Leihschwestern eingegangen würde, den untragbaren gegenwärtigen Zustand letztlich nur verlängern würde. Er erinnerte ferner daran, daß in Grundsatzbeschlüssen des DGB und der ÖTV-Gewerkschaft das Verbot der Leiharbeit gefordert wird. Dieses Verbot endlich durchzusetzen, ist eine dringliche Aufgabe der Gewerkschaften, ebenso wie die ÖTV konsequent gegen den staatlich erzeugten Personalmangel an den Krankenhäusern und gegen die ganze unsoziale Kostendämpfungspolitik kämpfen muß.

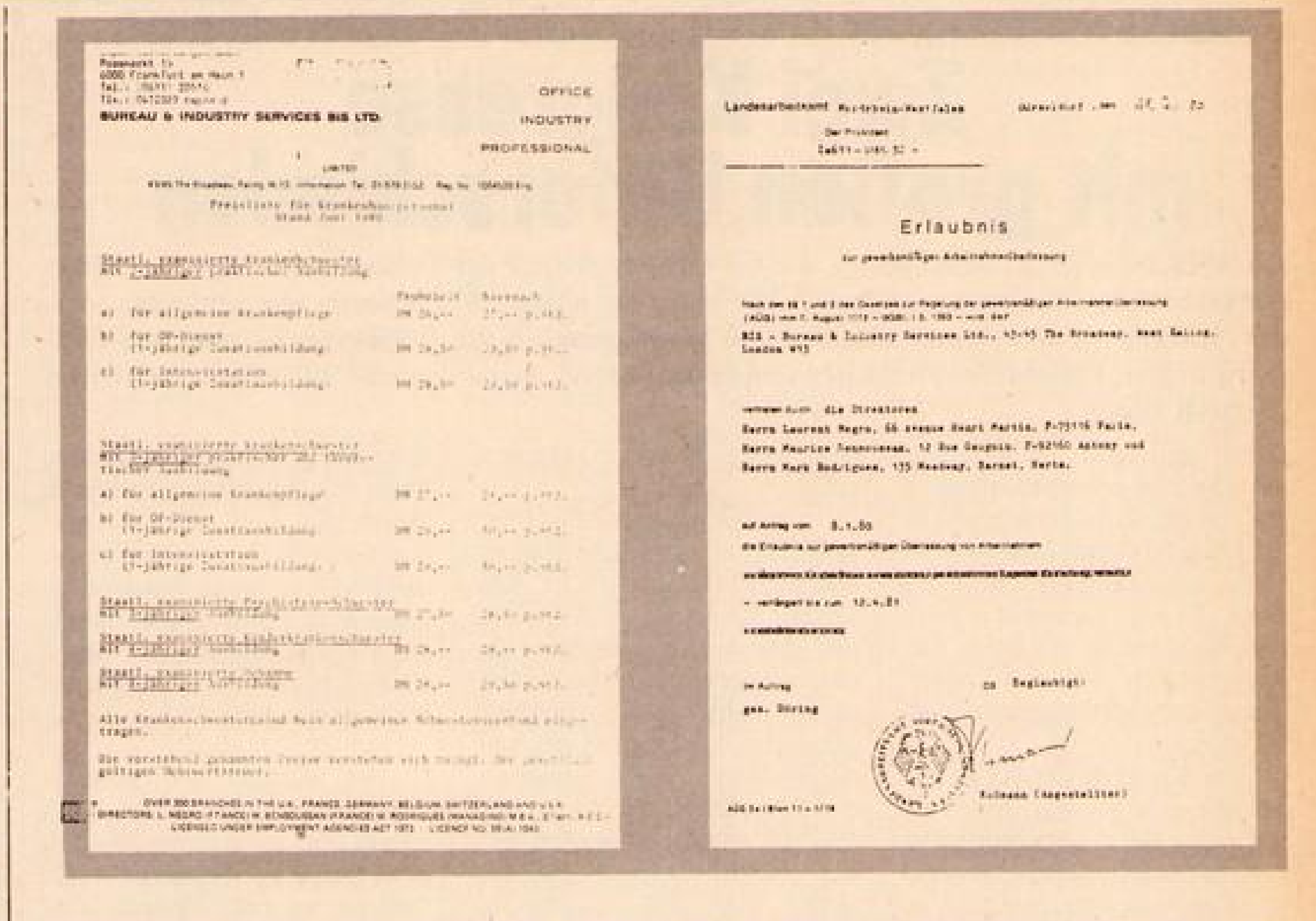
ÖTV-Kollegen gegen Neonazis

Am 13.10. erreichte uns eine Resolution, die Kollegen der ÖTV an der Fachklinik „Landgraf Friedrich" in Friedrichsdorf/Taunus aus Anlaß des faschistischen Bombenanschlags auf das Oktoberfest am 30.9. in einer Pausenversammlung beschlossen haben:

An die Gewerkschaft
ÖTV

30.9.80

Wir fordern das Verbot aller faschistischen und neofaschistischen Organisationen sowie das Verbot deren Betätigung in der Öffentlichkeit und der Hetze gegen unsere ausländischen Kollegen. Wir fordern die Gewerkschaft ÖTV auf, alles zu tun, um die baldige Durchsetzung dieser Forderung bei der Bundesregierung zu erwirken.
(Es folgen 36 Unterschriften)


BUREAU & INDUSTRY SERVICES BIS LTD.
OFFICE
INDUSTRY
PROFESSIONAL

Erlaubnis

„Preisliste für Krankenhauspersonal" — Mit staatlicher Billigung wird der moderne Sklavenhandel betrieben. Diese Faksimileabdrucke der Geschäftsformulare der Firma „BIS Ltd." sind Dokumente des Zynismus der Ausbeutergesellschaft.

Kollegen bei der Bundespost geben nicht nach

Notfalls Streiks vor den Weihnachtsfeiertagen

ÖTV solidarisiert sich mit Postgewerkschaft

WESTBERLIN.— Auch in der vergangenen Woche kam es wieder zu einer Aktion von Postbediensteten für ihre Forderungen zur Verbesserung der Schichtdienstbedingungen. Auf ihrem Gewerkschaftstag kündigte die Postgewerkschaft an, nötigenfalls Streiks während des Weihnachtspostverkehrs durchzuführen.

Arbeitshetze und Unterbesetzung kennzeichnen die Lage der rund 200 000 Postler, die im Schichtdienst tätig sind. Und diese Schichtarbeit wird gegenüber der Privatwirtschaft besonders schlecht bezahlt. Deshalb fordert die Postgewerkschaft besseres Entgelt für die Nacht- und Feiertagsdienste sowie für den Dienst in Wechselschicht: Die Arbeitszeit für diese Dienste muß eineinhalbfach angerechnet werden! Zugleich fordern die Kollegen Zusatzurlaub, mehr Pausen und eine vorbeugende arbeitsmedizinische Betreuung.

Seit 1974 stehen diese berechtigten Forderungen nun schon. Verhandelt wird inzwischen seit mehr als zwei Jahren. Jetzt haben die Postler die Hinhaltetaktik von Postminister Gscheidle langsam satt. In der vorletzten Woche kam es in vielen Städten zu Warnstreiks Tausender von Postbediensteten. Auch in der vergangenen Woche kam es wieder zu einer Aktion. Die Kollegen des Fernmeldeamtes München 1 und des Bahnpostamtes München legten in der Nacht zum Donnerstag für zwei Stunden die Arbeit nieder.

Unverfroren behauptete Bundespostminister Gscheidle vor den Delegierten des 13. Kongresses der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), die Gewerkschaftsforderungen seien „nicht finanzierbar". Dabei scheffelt die Bundespost jedes Jahr mehrere Milliarden Mark an Profit! Gscheidle sagte außerdem, sein Verhandlungsspielraum sei auch deshalb begrenzt, weil dann auch in den anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes entsprechende Forderungen gestellt würden. Das ist eine schöne Logik des Vertreters einer „sozialen" Regierung!

Inzwischen hat sich die Gewerkschaft ÖTV mit dem Kampf der Postler solidarisch erklärt und gefordert, daß die Bereiche Nahverkehr, Krankenhäuser, Feuerwehr und Justizvollzug in die Verhandlungen einbezogen werden müssen. Der Bezirksvorsitzende der ÖTV von Hessen rief die Beschäftigten auf, keine Überstunden und keine Mehrarbeit mehr zu leisten, bis die gewerkschaftlichen Forderungen erfüllt sind.

Auf dem Kongreß der Postgewerkschaft kündigten die Kollegen an, falls bei der nächsten Verhandlung kein akzeptables Angebot vorgelegt werde, würden sie Streikaktionen während des Weihnachtspostverkehrs durchführen. Schon jetzt haben reaktionäre Zeitungen wie „Bild" dies zum Anlaß einer unverschämten Hetze genommen.

Aber solche Aktionen der Postbediensteten sind vollkommen berechtigt und werden das Verständnis der Werktätigen finden. Das Geschrei reaktionärer Kreise, die Aktionen der Postgewerkschaft seien illegal, muß von allen Gewerkschaftern als Angriff auf das Streikrecht schärfstens zurückgewiesen werden.

HBV startet bundesweite Aktion

Hände weg vom Ladenschluß!

DÜSSELDORF.— „Kaufabende stehlen Feierabende". Unter dieser Parole startet die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen eine bundesweite Aktion. Ziel ist es, die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Handel zu verteidigen oder genauer: zu verbessern.

Rund zwei Millionen Menschen sind in der Bundesrepublik und in Westberlin im Handel beschäftigt. Von ihnen sind 75 Prozent Frauen. Immer wieder gibt es Vorstöße, so auch jetzt wieder im Bundestagswahlkampf seitens der FDP, den Ladenschluß zu verlängern. Der letzte Gewerkschaftstag der HBV im vergangenen September hat erneut bekräftigt, daß solchen Absichten, die zu einer weiteren Verschlechterung der Arbeitsbedingungen im Handel führen würden, entschieden entgegengetreten werden muß.

Der neugewählte HBV-Vorsitzende Volkmar kündigte jetzt vor der Presse die Durchführung einer entsprechenden bundesweiten Aktion der HBV an. **„Wir werden das Ladenschlußgesetz von 1956 mit Zähnen und Klauen verteidigen"**, erklärte Volkmar. Die HBV will eine tarifvertragliche Absicherung der 1956 festgelegten Ladenschlußzeiten in den Kaufhäusern und Einzelhandelsgeschäften erreichen. Darüber hinaus will die Gewerkschaft durchsetzen, daß die Vor- und Abschlußarbeiten in den Geschäften gleichzeitig in die reguläre Arbeitszeit miteinbezogen werden, denn faktisch steht für die Kolleginnen und Kollegen im Einzelhandel die 40-Stunden-Woche nur auf dem Papier. In der Regel muß 42 1/2 Stunden gearbeitet werden.

Ach die verkaufsoffenen langen Samstage möchte die HBV gekürzt wissen. Zu Recht erklärte Volkmar, sie stellten für die meisten Beschäftigten eine kaum mehr zumutbare Belastung dar. Fernziel ist, daß die 500 000 Einzelhandelsgeschäfte am Samstag geschlossen bleiben, damit die dort Beschäftigten Kollegen ebenfalls die 5-Tage-Woche haben, und sich in dem Maße ihrer Familie widmen können, wie dies auch in der Mehrheit der Werktätigenhaushalte möglich ist.

Die Forderungen der HBV für unsere Kollegen im Einzelhandel sind berechtigt und verdienen die Unterstützung aller Gewerkschafter.

„Von allen guten Geistern verlassen . . ."

Kurt Herbs neuester Streich: „Ausgleichsgeld" bei Kurzarbeit

ESSEN.— „Dieser Tarifvertrag ist ein wichtiger Schritt zur Sicherung beständiger Einkommen für Arbeitnehmer der Stahlindustrie im Falle von Kurzarbeit." So der Essener Bezirksleiter der IGM Kurt Herb. Die Tatsachen sehen anders aus.

Die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition verteilte Anfang dieser Woche ein Flugblatt an den wichtigsten Hüttenwerken an Rhein, Ruhr und Weser, das die Kollegen über den wirklichen Wert oder besser Unwert dieses neuen Streiches von Kurt Herb aufklärt. Im folgenden in Auszügen das RGO-Flugblatt:

„Von allen guten Geistern verlassen scheint die Große Tarifkommission der IGM gewesen zu sein. Letzte Woche stimmte sie einem Tarifvertrag für die Eisen- und Stahlindustrie zu, der rückwirkend am 1. Oktober in Kraft treten soll. Empörend daran ist vor allem, daß jetzt auch sämtliche günstigeren betrieblichen Vereinbarungen über Zuschuß zum Kurzarbeitergeld gefährdet oder sogar vom Tisch gefegt sind.

Das macht für die Hoesch-Arbeiter zum Beispiel einen Verlust von mindestens 100 Mark pro Woche Kurzarbeit aus. Der neue Vertrag sichert nämlich bei Kurzarbeit lediglich die **steuerfreien** stahltypischen Zuschläge zu 100 Prozent brutto ab. Das gesamte **steuerpflichtige** Einkommen aber wird mit keinem Pfennig bezuschußt. Da gibt es in Zukunft nur die 68 Prozent vom Nettolohn durch das Arbeitsamt.

Nach dem neuen Vertrag wird ein Konti-Arbeiter in Zukunft für jede Woche, die er wegen Kurzarbeit zu Hause bleiben muß, Verluste von ca. 150 Mark in der Lohntüte haben. Die Frühschichtler werden pro Woche Kurzarbeit ca. 120 Mark Verlust haben. Das bedeutet, daß zum Beispiel bei einem Blockstillstand, den einige Unternehmen für Weihnachten planen, der Frühschichtler, der sonst mit 1 500 Mark netto nach Hause kommt, dann mit 1 260 Mark auskommen muß, während der Kontischichtler, der sonst 1 900 Mark netto hat, dann nur noch 1 600 Mark erhält.

Jetzt mag jemand sagen: Besser als gar nichts, bisher hat sich doch der Arbeitgeberverband überhaupt geweigert, bei den stahltypischen Zuschlägen im Falle von Kurzarbeit etwas zuzuschießen. Das stimmt. Aber: Warum sind die Unternehmer jetzt plötzlich bereit gewesen, so schnell einen Vertrag abzuschließen?

Die Antwort liegt auf der Hand. Uns steht im nächsten Jahr in allen Betrieben massiv Kurzarbeit ins Haus, egal ob sie nun von Brüssel verordnet oder „freiwillig" zwischen den Unternehmern ausgehandelt wird. Um 15 bis 20 Prozent wollen sie die Produktion senken, um die Preise wieder in die Höhe zu treiben. (...)"

Die VOLKSFRONT nach der Wahl

Mit deutlich erhöhter Mitgliederzahl und gestärkten Kräften geht die VOLKSFRONT nach dem Bundestagswahlkampf die anstehenden Aufgaben im Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Krieg an.

In einem Kommentar, der in der Oktober-Nr. des „Volksechos“ veröffentlicht wurde, betont die VOLKSFRONT, daß sich der Wahlkampfeinsatz voll gelohnt hat. Obwohl das Ergebnis von knapp 10 000 Zweitstimmen etwas enttäuschend ist, hat die VOLKSFRONT einen wichtigen Teil zur Entwicklung der Anti-Strauß-Bewegung beigetragen.

„Die VOLKSFRONT kann stolz auf die wesentlichen Ergebnisse dieser Wahl sein... Nicht zuletzt gebührt uns auch ein nicht unbedeutender Anteil daran, daß Strauß nicht durchgekommen ist. Hätten die antifaschistischen Kräfte in unserem Land nicht so beharrlich die Drohungen, Äußerungen und Affären von Strauß in das Licht der Öffentlichkeit gezerrt, dann hätte es durchaus den Kräften der Reaktion gelingen können, ihren starken Mann schon jetzt an die Macht zu bringen...

Die VOLKSFRONT hat in dieser Zeit durchaus deutlich gemacht, daß sie kein Wahlverein ist, sondern als antifaschistisch-demokratische Organisation sich wichtigen Aufgaben widmen muß, gerade in der Nachwahlzeit. Diejenigen antifaschistischen Kräfte, die zwar „zähneknirschend“ und „zum allerletzten Male“, aber immerhin zur Wahl der SPD aufgerufen haben, werden schon sehr bald einen großen Katzenjammer erleben. Schon jetzt machen führende Sozialdemokraten deutlich, daß die Bevölkerung den Gürtel enger schnallen soll, die unheilvolle Kriegspolitik weiterverfolgt und die demokratischen Rechte weiter eingeschränkt werden sollen.

In der kommenden Zeit werden wichtige Aufgaben der VOLKSFRONT von der Geschichte zugewiesen werden. Der Kampf gegen die faschistischen Organisationen wird besondere Bedeutung bekommen. München macht deutlich, daß diese braunen Banden immer frecher ihr Haupt erheben. Die VOLKSFRONT muß konkrete Schritte zur Friedenssicherung angeben, damit der Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr breitere Teile der Bevölkerung erreicht. Diese zwei wichtigen Aufgaben stehen für viele andere, die es anzupacken gilt.

Zum Schluß muß noch einmal allen Freunden und Mitgliedern der VOLKSFRONT für ihren tatkräftigen Einsatz gedankt werden. Die VOLKSFRONT wurde in diesen Tagen ein Jahr alt, die Aktionen und Erfolge im ersten Lebensjahr lassen uns optimistisch in die Zukunft blicken. Eine Ermutigung im weiteren Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Krieg!“ Soweit das „Volksecho“. Die Oktobernummer der Zeitung ist bei allen Kontaktstellen der VOLKSFRONT oder beim Bundesvorstand zu haben.

Meldungen zum Thema „Berufsverbot“

Illegal!

KASSEL.— Der mit großer Mehrheit gewählte Hochschulpräsident der Gesamthochschule Kassel, Michael Daxner, ist vom hessischen Kultusminister Krollmann nicht in seinem Amt bestätigt worden. Grundlage dafür sind seine Äußerungen zum Atomprogramm der Bundesregierung („Glattes Selbstmordprogramm“) und zur Frage der „Radikalen im öffentlichen Dienst“: „Da ich die in diesem Land gängigen Überprüfungsverfahren für rechtswidrig und in einem Maße für unmoralisch halte, wie ich das kaum ausdrücken kann, würde ich mit allen beamtenrechtlichen persönlichen Mitteln dagegen angehen, um dieses nicht durchführen zu müssen.“ ZuDas ist nicht nur eine Schweinerei; dieser Eingriff in eine demokratische Wahlentscheidung ist auch juristisch unhaltbar. Mit Klageerhebung gegen Krollmanns Entscheidung ist zu rechnen.

„Unwürdig“

KIEL.— Für unwürdig, Rechtsanwalt zu sein, wurde der Kieler Assessor Peter Drude vom Bundesgerichtshof erkannt. Hintergrund: Peter Drudes Kandidatur für den KBW und die Unterschrift unter eine Resolution, die sich gegen den Versuch wendet, Rechtsanwälte dem Erfordernis der Staatstreue zu unterwerfen.

„Gerichtliches Nachspiel“

WÜRZBURG.— Die Würzburger Kreisvorsitzende und Bundestagskandidatin der VOLKSFRONT, Monika Heubl, die aus politischen Gründen ihre Stelle als Sozialarbeiterin verlor, strengt mit starker öffentlicher Unterstützung bis in SPD-Kreise eine arbeitsgerichtliche Überprüfung ihrer Kündigung an, die die politischen Hintergründe dieser Kündigung aufdecken soll.

In der nächsten Nummer des „Roten Morgens“ werden wir ausführlicher auf diese und andere Fälle von Berufsverbot eingehen.

Diesmal in Düsseldorf:

Waffenlager bei Hoffmann-Freund

Erneut keine Festnahme

Man findet kaum noch Worte angesichts der immer neuen Waffenfunde bei Neonazis und der Haltung der Behörden gegenüber diesen Verbrechern.

Am 9. Oktober wurde im Düsseldorfer Süden bei dem 26-jährigen Karl-Heinz D. ein ganzes Munitionsdepot ausgehoben:

- 1 650 Schuß Pistolenmunition, Kaliber 9mm;
- 1 120 Schuß Gewehrmunition
- 100 Stück Maschinengewehrmunition;
- 370 Schuß Munition diverser Kaliber;
- 150 Bundeswehrplatzpatronen, Kaliber 9 mm;
- 9 leere Maschinengewehrgurte;
- 750 Gramm Zellulosetreibstoff-Ladungspulver;
- 2 funktionstüchtige „Walther-Pistolen, Kaliber 9 mm;
- 27 entschärfte Eierhandgranaten amerikanischer Produktion;
- 7 Stück Granatwerfermunition, ein Teil davon scharf;
- 21 Geschoßmäntel;
- 3 entschärfte 21 cm lange Granaten.

Außer diesen Waffen wurde umfangreiche Literatur aus der Zeit des Nationalsozialismus gefunden, sowie **eine schriftliche Einladung zu einer Wochenendübung der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ auf Schloß Ermenreuth. Hoffmanns Telefonnummer fand sich in Ds Notizbuch.**

Die jetzige Haussuchung fand nur aufgrund einer Anzeige von Postbeamten statt, denen aus beschädigten Paketen an D. funktionstüchtige Handgranaten entgegengefallen waren. Woher diese Pakete kamen, wurde bisher nicht bekanntgegeben.

Festgenommen wurde D., gegen den nebenbei auch noch der Verdacht der Hehlerei und des Diebstahls besteht, allerdings nicht. Es besteht „keine Verdunklungsgefahr“. Daß aber, solange solche Banditen frei herumlaufen, eine Gefahr für Leib und Leben unschuldiger Menschen besteht, interessiert die Justiz nicht.

2 Monate unschuldig in Isolationshaft

Türkische Antifaschisten vor Gericht

Duisburg.- Mit Freispruch für alle Angeklagten endete am 9.10. in Duisburg ein aufsehenerregender Prozeß gegen drei türkische Antifaschisten.

Am 4.6.1980 verteilten drei Mitglieder des türkischen Arbeitervereins in Duisburg Flugblätter vor Tor 34 bei Thyssen. Nach kurzer Zeit wurden sie von türkischen Faschisten, Mitgliedern der Grauen Wölfe, überfallen, die versuchten, ihnen die Flugblätter zu entreißen und sie zusammenzuschlagen. Mit Unterstützung anderer demokratischer Türken gelang es den Antifaschisten aber, den Angriff der Grauen Wölfe abzuwehren und sie in die Flucht zu schlagen.

Mit einer Strafanzeige versuchten die Banditen sich zu rächen. Ohne jede Überprüfung der Ereignisse wurde die drei Kollegen unter Anklage gestellt. Der Hauptangeklagte Ilker Koç wurde bei Krupp/Rheinhausen von der Arbeit weg verhaftet und drei Monate lang eingesperrt. Angeblich bestünde Verdunklungsgefahr! Zwei Monate saß er in Isolationshaft — keine Besuche, keine Schreiben seiner Verwandten durfte er empfangen.

In dem anschließenden Prozeß wurde gegen ihn ein anderer Anklagepunkt mitverhandelt, der sich in der Nacht zum 6.6. in Rheinhausen ereignet haben soll: Als Mitglieder des türkischen Arbeitervereins zum Schutz einer Versammlung Patrouille fuhren — in der Nähe befindet sich ein Stützpunkt der Grauen Wölfe in Form des „Islamischen Kulturvereins“ — wurden sie von Grauen Wölfen verfolgt. Diese behaupteten später, Insassen eines Autos, daß sie als das von Ilker erkannt haben wollen, hätten sie angegriffen und ihren Wagen beschädigt. Während des Prozesses stellte sich heraus, daß diese Anzeige höchstwahrscheinlich überhaupt erst auf Betreiben der Polizei zustandekam.

Im Prozeß verwickelten sich die Zeugen in unauflösbare Widersprüche. Sie beschrieben z.B. Ilker, der immerhin 1,90 Meter groß ist, als „etwa 1,70 Meter“. Vollends entkräftet wurden die Beschuldigungen durch die Aussagen des Pförtners von Tor 34 und eines deutschen Arbeiters, die klarstellten, daß die türkischen Antifaschisten überfallen wurden und sich wehren mußten.

Weil sich ein Scheitern der Bemühungen, drei türkische antifaschistische Arbeiter exemplarisch als Gewalttäter abzuurteilen, wohl schon vor Prozeßbeginn abzeichnete, versuchte die Polizei durch Einwirkung auf die Ausländerbehörden eine Ausweisung der Kollegen noch vor Prozeßbeginn zu erreichen!

Die in diese verbrecherischen Machenschaften verwikkelten Beamten gehören zum berüchtigten 14. Kommissariat in Duisburg. Polizisten des K 14 waren es auch, die mit ihrem brutalen Einsatz während eines Arbeitsgerichtsprozesses 1974 den Tod unseres Genossen Günther Routhier verschuldeten...

Die Duisburger Presse, die anfangs zum Teil in die Hetze gegen „brutale Linksextremisten aus der Türkei“ eingestimmt war, berichtete im weiteren überwiegend positiv über den Prozeß. Im WDR-Magazin „Zwischen Rhein und Weser“ drückte ein Redakteur im Rahmen eines ausführlichen Berichtes seine Empörung über das Zusammenspiel deutscher Polizei und türkischer Faschisten und die leichtfertige Anklageerhebung durch die Duisburger Justiz aus. Auch der Schriftsteller Jürgen Roth, der erst vor sechs Wochen in Ulm von türkischen Faschisten zusammengeschlagen wurde — ein türkischer Journalist, der bei ihm war, mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden — bekundete Interesse für den Prozeß. Nicht engagieren wollten sich indessen der Frankfurter IGM-Vorstand und der Betriebsrat von Krupp/Rheinhausen.

Ein bezeichnender Vorfall, der Bände über die „Unabhängigkeit“ der Justizorgane spricht, sei noch erwähnt: In einem Privatgespräch während eines Prozeßtages erklärte der Staatsanwalt gegenüber den Verteidigern der türkischen Kollegen, er halte den Angeklagten für unschuldig. Trotzdem verlangte er dann in seinem Plädoyer eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten! Hier scheint ein „übergeordnetes Interesse“ vorgelegen zu haben...

Im Zusammenhang mit den Aktivitäten der rechten Terroristen in den letzten Tagen und dem Propagandafeldzug der legalen faschistischen Partei NPD verdient die Behandlung unserer ausländischen Kollegen und Asylsuchender in der Bundesrepublik Beachtung. Es gibt hier Anzeichen einer gefährlichen politischen Entwicklung, die alle Demokraten aufmerksam verfolgen, der wir entschlossen entgegentreten müssen.

Es ist nicht nur die Hetze der NPD vom „Ausländerstopp“, von der „Rückführung der Ausländer“ und die unter dieser leicht abgewandelte Parole — „Ausländer raus!“ — verübten Attentate, über die wir auch im RM berichtet haben.

Es sind staatliche Stellen, die mit gezielten Stellungnahmen zu diesem Problem ein Klima schaffen, das die faschistischen Gewalttäter in ihrem Treiben ermutigt.

Da sind zum einen „besorgte Stellungnahmen“, die vor einer „Überfremdung“ deutscher Städte warnen, weil das zu Aggressionsausbrüchen der deutschen Bevölkerung führen **müsse** — womit den Rechten schon vor ihren Anschlägen eine Rechtfertigung gegeben wird.

Der Ausländerfeindlichkeit entgegentreten!

Da sind auch Äußerungen wie die der nordrhein-westfälischen CDU von Anfang Oktober, die von der Landesregierung ein **Sofortprogramm zur Eindämmung des „ständig steigenden Stroms der Asylsuchenden“** verlangt, weil sich nach Darstellung des CDU-Landtagsabgeordneten Rudolf Klein die Städte in NRW in einer hoffnungslosen Situation befinden. (Nebenbei bemerkt stehen die Städte des Ruhrgebiets, was die Aufnahme von Ausländern angeht, allesamt im unteren Drittel der bundesdeutschen Statistik; Essen z.B. liegt an 60. Stelle.) Für Klein stellen die betroffenen Ausländer, die in ihrer Heimat — z.B. der Türkei — oft von reaktionären und faschistischen Regimen verfolgt werden, eine „Schwemme unberechtigter Asylbewerber“ dar.

Zur „Eindämmung“dieser „Schwemme“ (sagt nicht dies Vokabular schon genug über die Geisteshaltung von Klein und Co.?) schlägt die NRW-CDU die **Einrichtung von Asylanten-Ghettos** vor:

Den Asylsuchenden soll die bisher teilweise gewährte finanzielle Unterstützung gestrichen werden, die vielen eine „Individualunterbringung“(!) ermöglichte. Stattdessen sollen Bund und Länder Gemeinschaftsunterkünfte für jeweils etwa 300 Asylbewerber bauen. Statt ihnen Geld für eine „individuelle Lebensführung“ zu geben, sollen sie zentral verpflegt werden.

Im ersten Jahr ihres Aufenthalts in der Bundesrepublik dürften die Bewerber keine Sozialleistungen wie Kindergeld erhalten. Außerdem soll nach dem Willen der CDU für dieses erste Jahr ein vollständiges **Arbeitsverbot** erlassen werden![1]

Hier spricht aus dem Munde westdeutscher Politiker einmal mehr der Geist des „Tausendjährigen Reiches“.

Hier wird mit zynischer Offenheit klargemacht, wie wertlos im Wortsinn bürgerlichen Politikern die Menschenwürde ist, wenn Menschen sich nicht profitbringend ausnutzen lassen.

Hier offenbart sich auch die hemmungslose Bereitschaft, in wirtschaftlichen Krisensituationen die betroffene Bevölkerung durch den Aufbau von Feindbildern nach Goebbelschem Muster zu verunsichern und zu spalten.

Höhepunkt faschistischer Hetze gegen Ausländer sind auch aus Bayern zu vermelden. Der Chef der Korrespondenten des Bayerischen Rundfunks, Bernhard Ücker, bezeichnete in einem Hörfunkkommentar die in Westdeutschland lebenden Ausländer als „Fremdstoffe“, mit denen ein Land oder ein Volk nur bis zu einer bestimmten Grenze belastbar sei. Bei Nichtbeachtung dieser Grenze gerate ein Volk wie ein verschmutzter See „in die Gefahr des Umkippens“! Die Aufforderung, Deutschland von diesen „verunreinigenden Fremdstoffen“ zu säubern, braucht hier gar nicht mehr offen artikuliert zu werden. Der Verein „Community — Beauftragte für Ausländerfragen“ in Bonn hat aufgrund dieser Äußerungen Strafanzeige gegen Ücker wegen Volksverhetzung und Beleidigung gestellt. Die geplante Einrichtung von Großlagern für Asylbewerber bezeichnet der Verein in einer Stellungnahme als „Eröffnung des bürgerkriegsähnlichen Zustands“.

In der Tat: die Verunglimpfung politischer Asylbewerber und ausländischer Arbeiter hat ein bedrohliches Ausmaß angenommen.

Leider haben die reaktionären Hetzer oft noch Erfolg. Dem angesichts dieser verstärkten Kampagne entgegenzutreten, ist unsere Aufgabe, Verpflichtung für jeden Kommunisten, Antifaschisten und Demokraten.

Lassen wir nicht zu, daß Menschen, die in der Bundesrepublik politisches Asyl suchen, wie Tiere behandelt werden!

Kämpfen wir gegen die Diskriminierung unserer ausländischen Kollegen!

- **Für eine Demokratisierung des Asylrechts!**
- **Für die vollständige rechtliche und politische Gleichstellung der ausländischen Arbeiter!**
- **Für das Recht der ausländischen Arbeiter auf sofortige Einbürgerung ohne Verpflichtung, die bisherige Staatsbürgerschaft aufgeben zu müssen!**

D.L.

Anmerkung:
Nach Auskunft von amnesty international besteht diese Regelung bezüglich der Arbeitsvermittlung für Personen, die nach Mitte September 1980 in die Bundesrepublik gekommen sind, bereits bundesweit. Die Duldung vorher angetretener Arbeitsverhältnisse wird in den Bundesländern unterschiedlich streng gehandhabt.



Guatemala während der Wahlen 1978, der zwei Drittel der Bevölkerung fernblieben

Reisebericht aus Mexiko und Guatemala:

„Wenn Du mir eine Waffe gibst, werde ich sie ohne Gewissensbisse gebrauchen"

Volkskorrespondenz

Liebe Genossen!
Angeregt durch den Reisebericht aus Mexiko, habe ich mich entschlossen, ähnliches zu versuchen. Ich war von Mai bis Mitte Juli in Mexiko und Guatemala ... Davon einige Eindrücke.

(...)Mexiko ist unheimlich demokratisch, unheimlich stimmt da sehr genau. Man kann fast alles sagen, schreiben, lesen. Stalin und Enver Hoxha gehören zur Pflichtlektüre an der Uni, die offzielle Presse ruft zur Unterstützung des bewaffneten Kampfes in El Salvador auf. Auf den ersten Blick ganz anders als bei uns. Doch sobald eine Gruppe, eine Partei oder ein einzelner das alles in die Tat umsetzt, z.B. mit Hilfe von Stalins Analyse die Staatsform in Mexiko als kapitalistisch entlarvt und die Bauern beginnen, nach dem Vorbild von Salvador sich das Land zu nehmen, das ihnen gehört, die Arbeiter eine Fabrik besetzen, dann gibts Verhaftungen. Danach in den seltensten Fällen politische Prozesse. Entweder die Verhafteten werden solange gefoltert und erpreßt, bis die Polizei sicher ist, daß sie in Zukunft Ruhe geben, aber meistens werden sie ermordet.

Die Kampfbereitschaft der Arbeiter und die Selbstverständlichkeit, mit der sie unterstützt werden, hat mich begeistert. Da hält ein Linienbus vor einer bestreikten Fabrik. Es steigen vier Arbeiter mit Sammelbüchsen ein. Sie brauchen nichts zu bezahlen, obwohl der Busfahrer nach verkauften Fahrscheinen bezahlt wird. Sie sammeln zur Unterstützung der Streikenden. Jeder, auch der ärmste Bettler, gibt einen Peso, viele mehr. Uns haben sie erklärt, warum sie streiken ... Natürlich haben wir auch gespendet. Sie haben sich mit „Venceremos!" (Wir werden siegen) verabschiedet. Kein Wort fiel darüber weiter im Bus. Für die anderen Fahrgäste war das völlig normal. Sich so etwas bei uns vorzustellen ...

Nun noch einige Erlebnisse aus Guatemala. Schon als wir die Grenze überschritten, wurde nicht nur der Urwald dichter und die Temperatur immer heißer, auch die politische Situation schien sehr heiß. Militärposten an jeder größeren Straßenkreuzung. Der Bus wurde oft durchsucht, Mexikaner und Guatemalteken gründlich kontrolliert, Leute aus Nicaragua meist festgehalten.

Es gibt sehr viele Überfälle von Guerillas auf Militär- und Polizeistationen. Als Antwort darauf werden Indio-Dörfer mit Napalm bombadiert. **Die Hubschrauber mit Sondervorrichtung für Napalm-Bomben kommen aus der BRD! Geflogen werden sie von ehemaligen Somoza-Offizieren. Militärberater sind israelische Offiziere. Das ist internationale Zusammenarbeit.** Später erfuhren wir, daß wir mit dem Bus durch eines der heißumkämpften Gebiete gefahren sind. ...

Der Tourismus bietet dort für die Indios die einzige Einnahmequelle. Sie weben ihre eigenen Trachten und etwas abgewandelt welche für Touristen. Kinder mit vier Jahren sitzen dort acht Stunden und länger am Webstuhl. Ansonsten müßte die Familie verhungern. Hier die Einhaltung der Schulpflicht zu fordern, ist ein Hohn. Die Eltern können aber bestraft werden, wenn sie ihre Kinder nicht in die Schule schicken.

In diesem Land baut die Kirche und die internationale Entwicklungshilfe Schulen, die leer stehen, weil die Kinder arbeiten müssen. Die gut bezahlten deutschen Lehrer, die als Unterstützung dort arbeiten sollen, liegen in der Sonne. Solange die Macht- und Bodenverhältnisse nicht verändert werden, ist jeder Pfennig verloren!

Ein deutscher Tourist hat uns folgendes erzählt:

Er war vier Tage in San Pedro, einem kleinen Dorf am Ataitlansee. In einer Nacht war plötzlich draußen ein großes Getöse. Guerrillas kamen. Sie besetzten alle Ortsausgänge, gingen von Haus zu Haus und verteilten Comic-Hefte, die ihre Ziele, ihren Kampf und ihr Programm darstellen. Sie reden mit den Leuten, beantworten Fragen und sagen, was sie in nächster Zeit vorhaben. Nach ein paar Stunden sind sie wieder weg.

Dem Deutschen haben sie auch erklärt, daß sie ca. 1000 bewaffnete unu ausgebildete Leute in den Bergen um den See haben, außerdem Tausende von Leuten, die sie unterstützen. **Sie würden wohl bald im ganzen Land losschlagen. Im nächsten Jahr sei es nicht sinnvoll für Touristen, hierhin zu kommen.** Sie haben ihm auch eine Broschüre geschenkt, damit er erzählen kann, was er gesehen hat.

Ich lege Euch auch noch den Brief einer Nonne bei, der drastisch zeigt, wie die Situation dort ist."

In diesem Brief heißt es unter anderem:

„Guatemala, 3.7. Hier in Guatemala häufen sich zur Zeit die Toten: nicht durch Krankheit oder den Willen Gottes, sondern durch den Willen eines Systems, das sich um jeden Preis erhalten will, und koste es noch so viele Menschenleben. (...)
Überall herrscht panisches Entsetzen, Furcht, Trauer, Hunger, Schmerz und Krankheit. Wie soll man dieser Situation begegnen? (...)

Meine Schwester wurde in einer Weise beschattet, daß sie aus dem Dorf floh. Jetzt gibt es drei Waisen im Haus, ohne Vater und jetzt auch ohne Mutter. Die Unterdrückung reißt die Familien auseinander. Beim Abschied meiner Schwester sagten wir, wenn Gott uns Leben gibt, sehen wir uns nach Ende dieses Krieges wieder. Wenn eine von uns im Krieg fällt, kommen wir in einem anderen Leben wieder zusammen. Auch mein jüngerer Bruder und meine Nichte tauchten unter. So ist es überall. (...)

Auf der anderen Seite gibt es eine große Hoffnung von Seiten des Volkes. Die Organisationen wachsen täglich, und sie wachsen nicht nur, sie versuchen zusammenzukommen, sich zu vereinigen. Inmitten des panischen Entsetzens entsteht die Hoffnung auf Änderung. Krieg ist unvermeidlich und es gibt Hoffnung auf einen Sieg.

Was wir brauchen, ist noch mehr Bewußtseinsbildung bei all denen, die noch nicht auf dem rechten Geleise sind — und Waffen und noch mehr Waffen. Es gibt keine andere Alternative. Wenn du mir eine gute Waffe gibst, werde ich sie ohne jeden Gewissenbiß gebrauchen.

Auch Geld brauchen wir für den Unterhalt der Familien, die aus Sicherheitsgründen den Wohnsitz gewechselt haben und für die Witwen und Waisen. (...)"

„Gefährden übermüdete Ärzte die Patienten?"

Volkskorrespondenz aus Frankfurt

Am Freitag, den 11. Oktober fand im deutschen Gewerkschaftshaus eine Veranstaltung des Bundes Gewerkschaftlicher Ärzte (BgÄ) und der Kreisverwaltung der ÖTV zum Thema „Gefährden übermüdete Ärzte die Patienten?" statt.

Am darauffolgenden Tag erarbeitete eine Arbeitsgruppe Forderungen der gewerkschaftlich organisierten Ärzte. Durch mehrere Veröffentlichungen in Presse und Fernsehen wurde die Öffentlichkeit mit den Problemen der an Krankenhäusern arbeitenden Ärzte bekanntgemacht: Arbeitszeiten von 60 Stunden sind die Regel, d.h. zusätzlich zu den normalen Diensten kommen je nach Krankenhaus und Station 4 bis 14 Dienste monatlich noch als Arbeitszeit hinzu.

Diese ungeheure Belastung, die insbesondere auch einer guten Patientenversorgung abträglich ist, wird ermöglicht durch die Arbeitszeitordnung (AZO) von 1938. In diesem von den Faschisten verabschiedeten Werk sind Errungenschaften wie der Achtstundentag durch „Gummibestimmungen" durchlöchert worden. Für die Ärzte als Berufsgruppe sind diese gleich von der AZO ausgenommen, d.H. das Arbeitsschutzrecht ist für den Arztbereich **nicht** gültig.

Der Begriff „Bereitschaftsdienst", das ist in der Regel der Dienst, der von 16.30 Uhr bis 8.00 Uhr dauert, existiert nach der AZO überhaupt nicht, denn: juristisch ist dieser Freizeit. Laut Bundesangestelltentarif (BAT) überwiegt hier die Nicht-Arbeit (über 50,1 %). Der Arbeitnehmer muß sich nur an einem vom Arbeitgeber bestimmten Ort, nämlich der Klinik, aufhalten.

Dies zur Erläuterung der rechtlich sehr komplizierten Lage, die in der Praxis eben übermüdete Ärzte, unzufriedenen Patienten schafft. Im Pflegebereich ist die Lage jedoch kaum besser. Hier wirkt sich vor allem der Personalmangel und die stark belastende Schichtarbeit negativ aus.

Die Ärzte Gerd Limbrock aus Hamburg und Heiner Becker aus Hannover berichteten über den Stand ihrer Prozesse, die sie mit Hilfe der ÖTV in dieser Frage führen. Dabei wurde schon deutlich, daß die Prozesse nur einen Anstoß geben können, sich auch verstärkt in den Krankenhäusern und auch jetzt in den kommenden Verhandlungen zum neuen Tarifvertrag am 27.10.80 für neue Forderungen einzusetzen.

Folgende Forderungen wurden auf dem Treffen aufgestellt:
1. 40-Stunden-Woche - 5-Tage-Woche
2. Anwesenheit im Krankenhaus soll als Arbeitsbereitschaft oder Arbeitszeit gewertet werden
3. Begrenzung der Höchstarbeitszeit, d.h. geeinigt wurde sich darauf, maximal 16 Stunden Bereitschaftsdienst für die Stufen C und D = Arbeitsbelastung von 25 bis 49 % zu fordern
für die Stufen A und B maximal 24 Stunden Bereitschaftsdienst = 0 bis 25 %
4. Ablehnung von Schichtarbeit, wo nicht die medizinische Indikation eine Dauerarbeitszeit erfordert und kein anderes Arbeitsmodell möglich ist
5. Maximal 4 Dienste im Monat
6. Neubewertung der Arbeitsbereitschaft. Es soll nicht mehr möglich sein, einen Bereitschaftsdienst in mehrere Stufen zu unterteilen. (z.B.: von 16.30 Uhr bis 24 gilt Stufe D, von 24 Uhr bis 8 Uhr Stufe B)

Diese Forderungen soll die ÖTV in den Tarifverhandlungen am 27.10. vertreten. Leider ist das aber nicht sicher, ob die Forderungen so vertreten werden, da der Vorschlag der Hauptvorstände in Stuttgart bereits vorliegt und längst nicht so weitgehend ist. Er läuft im Gegenteil auf die Vorstellung hinaus, die Bereitschaftsdienstgruppen C und D abzuschaffen, was in vielen Fällen bei Belastungen von über 25 % die Einführung von Schichtdienst bedeuten würde.

Noch zwei Empfehlungen wurden an den Hauptvorstand gegeben:
1. Personalvermehrung fordern
2. Die AZO soll auch Anwendung im Krankenhaus finden
3. Die Weiterbidlungsordnung für Ärzte muß berücksichtigt werden, d.h. eventuell überarbeitet (Sache der Ärztekammer).

Als streikender Reichsbahner

Volkskorrespondenz aus Berlin

Am Dienstag, dem 16.9.80 spitzte sich die Empörung bei der Reichsbahn zu. ... Am 17.9. hörte ich in der Frühschicht, daß auf einigen Güterbahnhöfen gestreikt wird. Am 18.9. Frühdienst Bt Schöneberg. Auf dem Ring fuhr gar nichts mehr. Auf dem Vorort liefen nur noch die Stammzüge. 7.30 Uhr: Aufsichten und Fahrdienstleiter im Norden einigten sich und ließen auch die Züge stehen. So liefen die Züge nur noch bis Friedrichstraße.

Freitags nahm ich nochmal den Frühdienst auf. Da liefen die Züge nur noch stündlich. Am Freitagabend fuhr ich zum Lehrter Güterbahnhof, um mit den Streikenden Kontakt aufzunehmen. (Ich war der erste der Dienststelle Friedenau.) Gegen 17 Uhr wurden Leute für eine Stellwerksbesetzung gesucht. Ich schloß mich dem an. Wir fuhren im Auto nach Spandau.

Gegen 18 Uhr gingen wir auf das Stellwerk Spandau Güterbahnhof. Der Fahrdienstleiter war solidarisch mit uns. Er rief die Bahnpolizei an und sagte, daß er 20 Streikende auf dem Stellwerk hat, und er läßt keinen Zug durch, er schließt sich uns an.

Montag ging ich nochmal zum Frühdienst, um mit den Kollegen über den Streik zu sprechen. Abends gegen 20 Uhr traf ich in der Streikzentrale ein. Gegen 22 Uhr wurden die Posten für die Stellwerksbesetzungen eingeteilt. Die Streikleitung sammelte mehrere Dienstausweise ein, damit sie der Bahnpolizei nicht in die Hände fallen konnten. So kam ich mit fünf anderen Kollegen auf das Stellwerk MWT (Moabit).

Gegen 1.00 Uhr hielten mehrere Autos vor dem Stellwerk, es stiegen 20-30 Bahnpolizisten aus. Dabei war auch der Dienstvorsteher von Moabit. Er rief: „Verlassen Sie das Stellwerk!"

Wir verbarrikadierten alle Türen und bauten auch Einbauschränke davor. Mit Äxten schlugen sie die Türen auf. Im Stellwerksraum hielten wir die Eisenschränke fest. Aber wir waren zu schwach, die BaPo drang in den Stellwerksraum ein. Einer der Bahnpolizisten war mal mit mir in einer Schulklasse. Als er mich sah, sagte er: „Dieses Schwein kenne ich, das ist ein Chaot." Er kam auf mich zu, klopfte mir mit dem Gummiknüppel auf den Arm und drohte mir mit einer Eisenstange.

Als die BaPo meinen Dienstausweis haben wollte und ich ihn nicht bei mir hatte, wurde mir der Arm umgedreht. Danach wurde ich durchgefilzt. Mein Personalausweis wurde notiert, zusätzlich wurde auch der SVK-Ausweis notiert. So ging es allen. Danach sagte die BaPo: „Meine Herren, das ist ihre fristlose Entlassung!" Der Fahrdienstleiter mußte auch das Stellwerk verlassen.

Am Dienstag ging ich nicht mehr zur Arbeit (obwohl es noch nicht schriftlich war). Aber ich habe mich nun mal dem Streik angeschlossen. Am Abend wurde die Streikzentrale geräumt. Zwei Tage danach ist alles zusammengebrochen. ...

Fiat-Verwaltung in Rom: die schöne Fassade Europas ... ... bröckelt: Armensiedlung in Italien



Im dreißigsten Jahr nach der Unterzeichnung der Verträge

DIE FASSADE BRÖCKELT

Die Europäische Gemeinschaft steuert in die offene Krise

BRÜSSEL.— Vor 29 Jahren, 1951 wurde von den westeuropäischen Monopolen die EGKS, die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl gegründet. Sechs Jahre später, 1957, wurden die Römischen Verträge unterzeichnet, mit denen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gebildet wurde. 1972 wurde sie auf neun Staaten vergrößert und zur Europäischen Gemeinschaft ausgebaut. Im dreißigsten Jahr seiner Wirksamkeit soll nun zum ersten Mal der § 58 des EGKS-Vertrages in Kraft gesetzt werden, der den rund 350 westeuropäischen Stahlbetrieben enge Produktionsgrenzen diktiert. Er gilt für „Zeiten der offenen Krise". Und auch in allen anderen Wirtschaftsbereichen, sowie in der politischen Stabilität zeigen sich in allen kapitalistischen Ländern der EG Erscheinungen einer gemeinsamen, tiefen Krise.

In Belgien tritt die Regierung Martens zurück, in Dänemark sieht man die Position des Ministerpräsidenten Jörgensen gefährdet, in Italien stürzt die Regierung einmal mehr an einem Sparprogramm. Maggie Thatcher und Raymond Barre, den „höchsten europäischen Sparkommissaren" wird offiziell Erfolglosigkeit bescheinigt. In den Niederlanden wurde ein „strikter Sparhaushalt" verabschiedet, in der Bundesrepublik steht ein Sparhaushalt zur Verabschiedung an.

Selbst in Luxemburg steigen die Arbeitslosenzahlen und die Inflationsrate, im neunten EG-Mitgliedstaat Irland werden monatlich in dieser Beziehung neue Rekorde gemeldet. Stahlkartell, Chemiefaserkartell, Rekordarbeitslosigkeit, hohe Inflation, Staatsverschuldung, Rekordaufrüstung, Importbeschränkungen — das sind heute die Schlagworte, mit denen die wirtschaftliche Situation Westeuropas beschrieben wird. Die Parteienlandschaften ändern sich, die Faschisten treten wieder ans Tageslicht, Polizei und Justiz sind in Skandale verwikkelt, in den etablierten Parteien des Kapitals gibt es heftige Streitigkeiten um Posten und Programme.

Was ist nun das Besondere an der aktuellen Entwicklung? Was macht den Unterschied zu den Jahren 1966 und 1973 aus, die ja die Vorjahre der beiden bisher größten Wirtschaftskrisen des europäischen Kapitalismus waren?

Alte Zeiten brechen an

Vergleicht man die heutige Lage mit der jener beiden Jahre, so fällt als erstes auf, daß es im Gegensatz zu der Zeit nach der Krise von 1967 in den Jahren nach 1975 kein wirkliches Hoch der Konjunktur mehr gegeben hat.

So ist die Arbeitslosigkeit der EG-Länder 1980 mehr als doppelt so hoch als im Jahre 1974, vor Beginn der letzten Wirtschaftskrise. Die reale Zahl der Arbeitslosen, berechnet nach den Angaben der OECD und korrigiert um jene Angaben, die in den offiziellen Statistiken unterschlagen werden (wie Frauen, Schulabgänger, Behinderte und ähnliche Gruppen der Gesellschaft) betrug zur Jahresmitte 1980: in der Deutschen Bundesrepublik rund 1 Million Menschen, in Italien und Großbritannien je etwa 2 Millionen, in Frankreich 1,8 Millionen, in den restlichen EG-Ländern zusammen etwa 0,7 Millionen. Diese sechseinhalb Millionen Menschen, die in den neun EG-Ländern ohne Arbeitsmöglichkeit waren, haben noch die „Gesellschaft" von weiteren anderthalb Millionen Kollegen, die nur beschränkt arbeiten können, Kurzarbeiter sind.

In den seit diesen Erhebungen vergangenen Monaten hat sich, nach vorsichtigen Presseschätzungen, die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter in Westeuropas Monopolgemeinschaft um weitere 600 000 Menschen vergrößert. Die Rationalisierungskampagne der Monopolkapitalisten, die ihre Strategie stets darin sehen, mit weniger Arbeitern mehr zu produzieren, wird deutlich, wenn man diesen extrem hohen Arbeitslosenzahlen die Entwicklung der Produktivität je Arbeiterstunde gegenüberhält.

Tabelle 1: Steigerung der Arbeitsproduktivität

Land	1970 bis 1978 gesamt	1976	1977	1978	1979
BRD	+ 4,6 %	+ 7,0 %	+ 3,7 %	+ 2,7 %	+ 4,4 %
Frankreich	+ 4,8 %	+ 12,0 %	+ 1,8 %	+ 6,1 %	+ 6,7 %
GB	+ 2,8 %	+ 4,0 %	+ 0,0 %	+ 1,0 %	+ 2,9 %
Italien	+ 8,0 %	+ 9,0 %	+ 6,4 %	+ 2,6 %	+ 11,1 %

Aus dieser Übersicht geht hervor, daß selbst in den Jahren 1977 und 1978, als die Arbeitslosenzahlen erneut stark anstiegen, die Produktivität der Arbeit weiter ge·teigert wurde. Dies war die Ursache für die im ganzen EG-Rahmen immer stärker aufkommende Forderung der Arbeiterschaft nach Arbeitszeitverkürzung, die bisher nur in einige Teilen der belgischen Wirtschaft durchgesetzt werden konnte. Die aber Anlaß großer Streikbewegungen in verschiedenen EG-Staaten war und immer mehr zur Abwehrforderung gegen die Entlassungswelle der Monopole wurde.

Ebenso wurden die arbeitenden Menschen Europas auch Opfer der Preistreiberei der Monopole und der inflationären Politik der kapitalistischen Staaten.

Tabelle 2: Lebenshaltungskosten seit 1975 (Index 1975 = 100)

Land	1977	1978	1979
BRD	108,4	111,3	115,9
Frankreich	119,9	130,8	144,8
GB	134,3	146,4	165,9
Italien	139,0	156,3	180,9
NL	115,8	120,5	125,6
Belgien	116,9	122,1	127,6
Luxemburg	117,2	120,8	126,3
Dänemark	118,1	126,9	136,5
Irland	134,1	144,3	163,5
EG	122,0	130,0	143,0

Diese Entwicklung führte vor allem in Großbritannien und Irland, sowie in Frankreich und den Beneluxstaaten zu realen Lohnverlusten der werktätigen Menschen. Lediglich in Italien konnten im Jahre 1978 durch eine sehr hart geführte Streikbewegung, die die gleitende Lohnskala verbesserte, reale Lohnerhöhungen durchgesetzt werden.

Auch in der Bundesrepublik, wo sich die Lohnabschlüsse im allgemeinen knapp über der offiziellen Geldentwertungsrate bewegten, wurden durch die besondere Teuerung der normalen Lebenshaltungskosten und durch steigende Abgaben die wirklichen Löhne etwas gesenkt. Im Gegensatz dazu kam es in Belgien, in der Werftindustrie und im Bankgewerbe bereits zu offiziellen Lohnkürzungsabschlüssen.

In Frankreich und Großbritannien führten die Sparprogramme der konservativen Regierungen bereits zu spürbaren Kürzungen im Schulwesen und im Gesundheitsbereich. Die Niederlande, Belgien und Italien haben durch ihre ebenfalls konservativ geführten Regierungen ähnliche Programme verabschiedet, beziehungsweise wie in Italien, in Vorbereitung.

In den sozialdemokratisch regierten Staaten wie der Bundesrepublik und Dänemark wird der Weg der stetigen Erhöhung der Sozialbeiträge der Arbeiter und Angestellten gegangen. Hier werden mit den Steuern der Werktätigen sogenannte Konjunkturprogramme finanziert, die den Monopolen zu denselben Maßnahmen helfen wie die konservativen Sparprogramme.

Die hilflosen Strategen

Spätestens seit der letzten Krise der Jahre 74/75 sind die Kapitalisten wieder dort angelangt, wo sie vor 50 Jahren schon waren.

Die Lehren des John Maynard Keynes, vierzig Jahre lang als Chefdenker der kapitalistischen Wirtschaftsplanung gepriesen und (in der Bundesrepublik beispielsweise von Karl Schiller) eifrig angewandt, werden zunehmend abgelehnt. Staatliche Konjunkturprogramme werden fast nur noch von sozialdemokratischen Regierungen ausgearbeitet. In Oxford und Cambridge oder an der Ecole Nationale d'Administration, wo britische und französische Monopole ihre Kader ausbilden, wird jetzt Milton Friedman hoch gehandelt, der Theoretiker der drastischen Kürzungen der Staatsausgaben.

Die Friedmanschen Theorien, an denen sich Frau Thatcher in Britannien und Herr Barre in Frankreich orientieren, kennen nur eine Lösung für die Wirtschaftskrise: private Investitionen mit allen Mitteln fördern, Staatsverschuldung abbauen, Inflation drosseln.

Was die Entwicklung der Brutto-Anlageinvestitionen betrifft, so kann man aus den folgenden Zahlen leicht ersehen, daß diese Ziele von der Sparpolitik und den Förderungsmaßnahmen der konservativen Regierungen nicht erreicht wurden.

Tabelle 3: In Milliarden Dollar und nach dem Währungswert von 1975 berechnet, betrugen diese Investitionen in den vier Hauptländern der EG:

Land	1970	1973	1977	1978	1979
BRD	91,6	101,1	95,0	100,9	109,6
Frankreich	66,2	80,7	81,3	82,4	84,0
GB	43,0	47,0	44,6	45,3	43,9
Italien	41,6	43,8	40,4	40,3	42,0
EG	283,3	317,8	306,4	315,2	323,0

Man kann aus diesen Zahlen nicht nur sehen, daß in den Krisenjahren 74/75 die Brutto-Anlageinvestitionen gewaltig zurückgingen. Es dauerte auch, mit Ausnahme Frankreichs, bis 1979, bis die Höhe der investierten Dollarmilliarden wieder die von 1973 erreichte, bzw. überbot. In Italien und in Großbritannien wurde dies bisher nicht wieder erreicht.

Im Laufe des Jahres 1980 werden von allen Seiten steigende oder zumindest gleichbleibende Investitionen gemeldet. Dies wird von der bürgerlichen Propaganda als wirtschaftliche Zuversicht der Unternehmer gewertet. Im Gegenteil aber zeigt dies eine alte Erfahrung der Krisenentwicklung des Kapitalismus. Kurz vor dem offenen Ausbruch einer neuen Krise kann man in der Regel ein Ansteigen der Investitionen bei gleichzeitigem Sinken des privaten Verbrauchs feststellen. Dann ist der Zeitpunkt erreicht, da die Monopole für den verschärften Konkurrenzkampf Stellung beziehen.

In weiter steigendem Maße greift das europäische Finanzkapital auch zum Kapitalexport, um rentable Anlagen für die Multimilliarden zu finden, die sich bei dieser gesellschaftlichen Klasse angesammelt haben.

So investierten zum Beispiel die britischen Monopole im Jahr 1975 im eigenen Land 43,3 Milliarden Dollar. Die britischen multinationalen Konzerne investierten im selben Jahr rund 5 Milliarden Dollar im Ausland. Damals erreichte das gesamte exportierte Kapital Britanniens bereits rund 34 Milliarden Dollar. Das war doppelt so viel als Westdeutschland zu jenem Zeitpunkt im Ausland investiert hatte. Die westdeutschen Monopole haben seitdem im Ausland investiert, allein im ersten Halbjahr 1980 über 2,5 Milliarden Dollar. **Dieser Ausweg der Monopolkapitalisten aus der Krise vernichtet natürlich in noch stärkerem Umfang als die Rationalisierungsinvestitionen die Arbeitsplätze in den europäischen Staaten.**

Durch die immer weitere Ausdehnung der Tätigkeit der europäischen Multis sind diese zunehmend in der Lage, auch gegen den Willen ihrer jeweiligen Regierung, die Währung des eigenen Landes zu schwächen oder zu stärken, über die Steuerung der Importe und des Gewinntransfers der Tochtergesellschaften.

Die Strategen des Monopolkapitals erweisen sich angesichts der neuen Wirtschaftskrise als machtlos. Weder gelang es ihnen, die privaten Investitionen entscheidend zu erhöhen, noch die Inflation zu stoppen. So hatte die britische Regierung angekündigt, im zweiten Halbjahr 1980 werde die Teuerungsrate im Land auf unter zehn Prozent sinken. Die Bank von England höchstselbst hat diese Propaganda jetzt widerlegt, indem sie veröffentlichte, daß im September die Geldentwertung 17 Prozent gegenüber dem September 79 betrug.

Fünf nach zwölf

ist es bereits für eine ganze Reihe wichtiger Branchen der Produktion im europäischen Maßstab.

Von Mai bis August 1980 sank die Industrieproduktion in der Bundesrepublik um vier Prozent, in Frankreich ebenfalls um vier und in Großbritannien um drei Prozent, während sie in Italien stagnierte.

Die Stahlproduktion, die 1979 weltweit um 3,7 Prozent gesunken ist, sank in Westeuropa um 4,6 Prozent. Der Verbrauch an Stahl in Europa sank jetzt auf 108 Millionen Tonnen. Die europäischen Stahlbetriebe sind gegenwärtig auf einem absoluten Tiefpunkt angelangt, was die Auslastung der Produk-

tionskapazitäten betrifft: Diese schwankt zwischen 50 und 58 Prozent. Auf diesem Hintergrund stehen die hektischen Vorgänge der letzten Wochen. Die angedrohte Anwendung des § 58 des EGKS-Vertrages sieht im konkreten Produktionseinschränkungen für vier Produktgruppen zwischen 13 und 20 Prozent vor. Mit der Übernahme der Aktienmehrheit der französischen Usinor und der belgischen Cockerill-Gruppe durch die jeweiligen Staatsbanken sind jetzt, außer in Westdeutschland, alle großen Stahlbetriebe mit dem Großaktionär Staat versehen.

Und auch in Westdeutschland wird jetzt, in den Fachorganen, bereits offen von der „Deutschen Stahl AG" nach Muster der Ruhrkohle geschrieben. Zwar hat sich Thyssen-Chefmanager Spethmann auf der Jahrestagung der Stahlindustriellen in Madrid davon distanziert, aber Tatsache bleibt, daß die Diskussion darüber bereits aufgekommen ist.

Wie bei der Ruhrkohle, wie bei den anderen europäischen Stahlbaronen, soll hier eine Modernisierung und Rationalisierung direkt auf Kosten der Werktätigen organisiert werden, ohne daß die alten Eigentümer ihre Verfügung darüber aufgeben.

Hier stehen Massenentlassungen in allen Ländern bevor oder sind bereits erneut begonnen worden, nachdem bereits seit 1975 Zehntausende von Arbeitern ihren Arbeitsplatz verloren.

Der Sturz der Produktion im Weltschiffsbau, die von 1976 bis 1979 von 33,92 Millionen Bruttoregistertonnen auf 11,46 Millionen BRT gesunken ist, hat sich in der Europäischen Gemeinschaft besonders stark bemerkbar gemacht.

In der Bundesrepublik sank die Zahl der Millionen BRT in diesem Zeitraum von 1,79 auf 0,37, in Großbritannien von 1,35 auf 0,61, in Frankreich von 1,21 auf 0,73 Millionen BRT. So sank die Zahl der Werftarbeiter Westeuropas allein in den beiden Jahren 1978 und 1979 um sage und schreibe 20 Prozent!

Auch hier ist in allen großen Werften Europas der Staat Großaktionär, werden den Monopolen die Rationalisierungskosten aus Steuergeldern finanziert.

Auch in der Automobilindustrie hat sich 1980 die krisenhafte Entwicklung, die außerhalb Westdeutschlands bereits 1979 zutage getreten war, weiter fortgesetzt. Die EG-Produktion war bereits im letzen Jahr um 3,1 Prozent gesunken, in diesem Jahr sank sie noch stärker, da nun alle nationalen Branchen davon erfaßt waren. So erwischte es Europas größtes Automonopol, die Peugeot SA mit einem Rückgang der Produktion um 18,4 Prozent seit Beginn des Jahres. Dies ging teilweise zugunsten der Renault, die ihre — wesentliche geringere — Produktion um 11 Prozent steigern konnte.

Die Überkapazität der Chemiefaserproduktion beträgt für 1980 bereits 550 000 Tonnen oder fast 25 Prozent der westeuropäischen Produktion, die Elektroindustrie kann nur noch im Rüstungsgeschäft und bei Betriebsausrüstungen zulegen, während die Unterhaltungselektronik und sonstige Konsumgüter drastisch reduziert werden.

Die „gelbe Gefahr"...

ist in Wirklichkeit blau-weiß-rot. Denn es sind die amerikanischen Monopole, die mit aller Kraft versuchen, in ihrem Kampf gegen die Krise, die westeuropäischen und japanischen Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen. Mit der Wiedereinführung des „Trigger" genannten Schwellenpreises, ab dem gegen Importeure vorgegangen wird, ist der westeuropäische Stahlexport in die USA wesentlich gebremst.

Während die USA, Großbritannien, Frankreich und Italien den japanischen Automonopolen Beschränkungen diktieren, befinden sich die amerikanischen Multis bereits in allen europäischen Ländern. **Im Zeitraum der Jahre 1974 bis 1978 überwiesen sie die Summe von 21,2 Milliarden Dollar als Gewinn aus den EG-Staaten nach den USA.**

Mit einer Investitionssteigerung um 12 Prozent auf 8,4 Milliarden Dollar sind jetzt auch die amerikanischen Chemiemonopole zum Gegenangriff übergegangen und haben für 1980 ihren Chemiefaserexport nach Europa um 20 Prozent erhöht.

Seit langem bekannt sind die gewaltigen Kapitalmengen, die die US-Automonopole in die Entscheidungsschlacht werfen wollen, wozu sie bereits alle Vorbereitungen getroffen haben: 22 der 56 Werke in den USA von General Motors und Ford sind bereits geschlossen.

Die amerikanischen Monopole haben die weitaus besseren Bedingungen als die japanischen, den Konkurrenzkampf gegen Westeuropa zu gewinnen. Sie sind nicht nur über ihre Multis in die EG integriert — und waren es von Beginn an — sondern sie sind auch weitaus mehr in der Lage, politischen Druck auszuüben.

Der sehr offen aggressive Kurs der amerikanischen Monopole ist neben dem Ausbleiben einer wirklichen Hochkonjunktur nach der letzten Krise ein weiterer Grund dafür, daß die nun europaweit einsetzende Depression einen besonders schweren Verlauf nimmt.



Demonstration der Metallarbeiter. Nicht umsonst war der 1. Mai dieses Jahres in allen EG-Ländern der Tag mit den größten Kundgebungen seit vielen Jahren



Der Nazi-Terror wird in Europa angeheizt und unterstützt

Die zunehmenden Defizite in den Zahlungsbilanzen der westeuropäischen kapitalistischen Staaten, die die inflationären Tendenzen weiter stärken, sind ein weiterer Grund für die Allgemeinheit dieser Entwicklung. Aber auch die reinen Handelsbilanzen (also der bloße Vergleich zwischen Importen und Exporten) werden für die EG-Staaten immer schlechter. Hier war es im letzten Jahr nur die Bundesrepublik, die positiv abschneiden konnte. Seit Mitte 1980 aber gehen auch hier, nach Berichten der Bundesbank, der Export und die Auslandsnachfrage zurück.

Im letzten Jahr stiegen in allen EG-Ländern die Importe wesentlich stärker als die Exporte, im wesentlichen durch eine Steigerung der Rohstoffpreise um fast 23 Prozent.

Tabelle 4: Verhältnis der Entwicklung von Import und Export 1979

Land	*BRD*	*GB*	*F*	*I*
Import	*+ 9,4*	*+ 11,1*	*+ 11,7*	*+ 14,5*
Export	*+ 7,4*	*+ 3,2*	*+ 10,6*	*+ 10,7*

Im Jahr zuvor hatten Frankreich und Italien noch eine höhere Steigerung der Exporte als der Importe erzielen können.

Alle diese Faktoren, sowie Steuersenkungen für die Kapitalisten und drastisch gesteigerte Rüstungsausgaben haben auch die Staatshaushalte der EG allesamt immer tiefer in die Verschuldung rutschen lassen. Ein Vorgang, der seinerseits wiederum den inflationären Trend verstärkt und Grund zu sozialem Abbau ist.

In Frankreich beispielsweise stiegen die offiziellen Unternehmergewinne 1979 um 18 Prozent, während das Steueraufkommen aus diesem Bereich gegenüber dem Vohrjahr gleichblieb. Dagegen wird geschätzt, daß die Lohnsteuereinnahmen für 1980 um 16 Prozent steigen werden.

Dieses Zusammenwirken verschiedenster Faktoren ist es, daß die bereits in verschiedenen Branchen existierende Krise der Überproduktion weiter verstärkt, Grundlage dafür ist, daß die schwerste Wirtschaftskrise seit dem Kriege bevorsteht, bzw. begonnen hat.

Duckt euch!

Heißt die Forderung der Monopolherren den Werktätigen Europas gegenüber. Die Gewerkschaftsgesetze der Thatcher-Regierung in Britannien sind davon ebenso Beispiel wie die abermalige Bestätigung der angeblichen Legalität des Aussperrungsterrors in der Bundesrepublik. In die Reihe dieser Maßnahmen fügen sich auch die Kampagne Raymond Barres gegen das Streikrecht im öffentlichen Dienst Frankreichs ein. Auch der aktuelle Kampf in Turin wurde von der Drohung der Agnelli-Kapitalisten eingeleitet, mit den Massenentlassungen müsse auch „eine Wende in unserem industriellen Leben" erreicht werden. Das eindeutige Ziel der Fiat-Gruppe heißt dabei: Abbau der Kündigungsschutzmöglichkeiten in Italien, Beschneidung der gewerkschaftlichen Rechte.

Die europäische „Demokratie", in den Sitzungen des Europaparlaments beschworen, erweist sich gerade heute, angesichts der Krise als ein gemeinsamer Weg zum europäischen Polizeistaat.

In Westdeutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien und Belgien werden die extremen faschistischen Mordtruppen aktiviert, deren Verbindungen zu Polizei und Geheimdienst, sowie zu den regierenden und oppositionellen konservativen Parteien der demokratischen Öffentlichkeit bekannt sind.

Sie richten ihre Kampagnen dabei neben der Ausübung des puren Terrors vor allem auf die ausländischen Arbeiter. Im angeblich freien Europa haben Rassenhetze und auch der Antisemitismus freie Bahn. Dabei haben die Regierungen den Werktätigen zunehmend eine Politik der „Raketen statt Butter" aufgezwungen, die gerade in den beiden letzten Jahren bereits extreme Formen angenommen hat.

Fast 80 Milliarden Dollar gaben die EG-Staaten im letzten Jahr für die Aufrüstung aus, die Bundesrepublik und Frankreich dabei die größten Summen. Von 1970 bis 1979 stieg der EG-Anteil an der NATO-Rüstung insgesamt von 23 auf 41 Prozent. 1978 stiegen die EG-Rüstungsausgaben um 13, 1979 um 15 Prozent für 1980 sind noch höhere Summen vorauszusagen, da noch Nachrüstungshaushalte verabschiedet wurden.

Wessen Europa?

An Gemeinsamkeiten, außer dem reaktionären Kurs und der wirtschaftlichen Krise, bleibt da nicht mehr viel. Die großen EG-Staaten untereinander geraten sich in die Haare: Frankreich und Britannien streiten sich um Einflußgebiete in Ostafrika und Ozeanien, drohen gemeinsam den westdeutschen Stahlbaronen. Agrarkapitalisten und Großbauern aller Länder wollen das europaweite Bauernlegen stets zu ihren Gunsten ausgenutzt sehen, wobei in schöner Regelmäßigkeit und immer lautstark neue Zölle verlangt werden.

Die kleinen Staaten der EG sehen sich ihrerseits, angesichts der eigenen inneren Schwierigkeiten, immer weniger in der Lage, die Forderungen der Großen zu erfüllen. So gibt es, auch bedingt durch die unterschiedliche Stärke des Friedenskampfes in diesen Ländern, vor allem in der Rüstungsfrage zunehmend Differenzen. Mit Dänemark, das seinen Rüstungshaushalt nicht mehr erhöhen will, mit Belgien und den Niederlanden, die sich zumindest teilweise gegen die NATO-Nachrüstung gewandt haben.

Rückhaltlose Befürworter des weiteren Ausbaus der EG sind lediglich jene beiden Monopolgruppen, die am meisten davon profitiert haben: die westdeutschen und die französischen Kapitalisten. Und die des „zehnten EG-Mitglieds", der USA.

Während in Dänemark am 2. Oktober Zehntausende gegen die EG demonstrierten, anläßlich des achten Jahrestages des Beitritts, während in Britannien der linke Flügel der Labour Party, der Gewerkschaftsflügel, mit 5 Millionen gegen 2 Millionen Stimmen den Austritt aus der EG fordert, sind es in Frankreich und Italien die pseudokommunistischen Parteien, KPI und KPF, die die Gewerkschaftsbewegung auf die EG einschwören wollen, wie dies auch, extrem, der Deutsche Gewerkschaftsbund tut.

Die Monopolkartelle Europas bei Kohle, Stahl und Chemiefasern haben bereits in aller Härte fühlbar gemacht, wie negativ sie sich auf die Lage der arbeitenden Menschen auswirken.

Auch jetzt bieten diese westeuropäischen Zusammenschlüsse den Monopolkapitalisten die Möglichkeit, trotz wachsender Widersprüche untereinander, gemeinsam und konzentriert gegen die Arbeiter Europas vorzugehen. Das Stahlkartell ist dafür das aktuellste Beispiel.

Die wahrhaft kommunistischen Parteien Westeuropas, die KPD und ihre Bruderparteien, haben sich bereits anläßlich der Wahl des sogenannten Europaparlaments im letzten Jahr ausdrücklich abermals gegen diese westeuropäische kapitalistische Vereinigung ausgesprochen.

Die jetzige Entwicklung bestätigt diese Haltung nachdrücklich und auch die Warnungen der Kommunistischen Parteien jener Länder, die zum Beitritt zur EG gezwungen wurden.

Die Werktätigen verschiedener Länder Europas haben durch ihre geringe Wahlteilnahme ihr Desinteresse und ihre Abneigung gegen die EG ebenso bewiesen, wie dadurch, daß sie in mehreren Ländern ausgesprochene EG-Gegner wählten.

Die letzten drei Jahre waren im EG-Raum die streikreichsten seit der Gründung der EGKS vor bald dreißig Jahren. Der Lack blättert, die Fassade bröckelt, die kapitalistische Krise mit allen Auswirkungen hat die EG-Staaten erfaßt.



Das Stahlprogramm der KPD für das Ruhrgebiet. Die dringensten Forderungen zur Verteidigung der Arbeitsplätze und des Lebensstandards der Stahlarbeiter sind darin enthalten.

Gerade heute, wo die gesamte westeuropäische Propagandamaschine lautstark über die Krisenerscheinungen der pseudosozialistischen Staaten Osteuropas herzieht, ist es höchste Zeit, diesen Meinungsmachern den Spiegel vorzuhalten und zu zeigen, daß die Verhältnisse in den Staaten der EG keinesfalls so sind, wie von ihnen behauptet wird.

Helmut Weiss

Das kapitalistische Polen in der Krise

Säuberungen sollen Kanias Position stärken

Das süße Leben der polnischen Neureichen wird aufgedeckt

WARSZAWA. — Eine ganze Reihe von Maßnahmen wurden von den neuen Leuten in der Führung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei in den letzten Wochen getroffen, die dazu dienen sollen, ihre Position zu stärken und den Unmut der werktätigen Bevölkerung zu beruhigen.

Als Antwort auf das Anwachsen der freien Gewerkschaftsbewegung im ganzen Lande, die mit allen möglichen Vorwänden behindert werden, wurden so vor allem zwei Beschlüsse gefaßt: zum einen die Auflösung des Zentralrats der Gewerkschaften, um so die Frontstellung gegenüber diesem Verband zu enthärten, zum anderen die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages zur Wirtschaftspolitik.

Auf diesem Parteitag will sich die neue polnische Führung als großer Wohltäter der Bevölkerung aufspielen, mit den geliehenen Milliarden aus der UdSSR, Westdeutschland und den USA nun vor allem die Konsumgüterproduktion ankurbeln. Der Export von benötigten Lebensmitteln auf Großprojekte im Rahmen des RGW-Plans. Ohne Zweifel sind das erkämpfte Zugeständnisse, die die weitere offene Fortsetzung der Giereckschen Politik verhindern.

Mit Fleischimporten und neuen Krediten aus verschiedenen imperialistischen Ländern in Ost und West wird allerdings keineswegs ein neuer Kurs eingeschlagen. Die Privatisierung von Landwirtschaft, Handel und Dienstleistungen bleibt ebenso erhalten und wird weiter fortgesetzt, wie die Politik der Privilegien für die herrschende Klasse.

Gerade die jüngsten Enthüllungen über das Leben verschiedener Angehöriger der Gierekclique zeigen in aller Deutlichkeit, daß es in Polen tatsächlich eine herrschende Klasse, eine kapitalistische herrschende Klasse gibt. Die demagogische Frage der Verteidiger der pseudosozialistischen Regimes an die wahren Kommunisten, wo denn wohl im Osten die Privateigentümer seien, läßt sich durch diese polnischen Nachrichten in aller Deutlichkeit beantworten. Es sind nicht nur die alten Reichen und die Adligen aus dem reaktionären katholischen Klerus, die dort das Sagen haben, obwohl ihr Wort gerade in Polen großes Gewicht hat.

Tatsache ist, daß sich aus der bürokratischen Kaste von Apparatschiks und alten Arbeiterfeinden, die in Polen nach 1956 an die Macht geputscht wurden, eine neue Schicht der Gesellschaft herausgebildet hat, die über die in Staatseigentum befindlichen Fabriken verfügt, astronomische Einkommen bezieht, deren Stellung abgesichert und vererblich ist, die also eine Klasse, eine Ausbeuterklasse bilden. Jetzt wurden zwei Porzesse angekündigt. Gegen das ZK-Mitglied Szczepanski, der Direktor des Fernsehens war und seinen Stellvertreter Patyk, Kandidat des ZK.

Dieses Mitglied des Zentralkomitees einer angeblich kommunistischen Partei in einem angeblich sozialistischen Land besaß nicht weniger als sieben Betriebe im privaten Eigentum, und verfügte über 9 Wohnungen, Häuser und Bungalows. Ein Geheimkonto auf Schweizer Banken und Aktien an westlichen Monopolen rundeten den Besitz des Spitzenfunktionärs aber noch lange nicht ab — Ferienhäuser, Pornoschuppen und Puffs, bezahlt aus staatlichen Fernsehgeldern gehörten ebenfalls dazu.

Ein Einzelfall? Ein Zufall, daß auch sein Stellvertreter Patyk ähnliche Besitztümer sammelte? Noch nicht einmal die polnische Propaganda will glauben machen, daß er allein in seinem Saunaklub war, daß niemand davon wußte, daß ausländische Dienstmädchen importiert wurden, die auch zur „Massage" befähigt waren.

Und der ehemalige Vizepremier Pyka, der ebenfalls über Hotels und eine Kette von Ferienhäusern zur Vermietung verfügte? Oder der frühere Premierminister Jarosciewiz, der für seine Sippe ausländische Architekten holen ließ, seinem Sohn Millionenspiele in Monte Carlo ermöglichte.

Aber es sind nicht nur diese seitherigen Mitglieder der Regierung, der wichtigsten staatlichen Einrichtungen und des ZK der Partei, die diesen Lebensstil haben.

Unter den „Hunderten von Prozessen" die gegenwärtig nach Aussage des polnischen Generalstaatsanwalts vorbereitet werden, sind auch, wenig erstaunlich, zahlreiche Verfahren gegen Betriebsdirektoren großer Werke und Handelsorganisationen. Der Direktor der Außenhandelsgesellschaft „Minex" Tyranski hat sich so ein Vermögen von 1,6 Millionen US-Dollar beschafft, womit er zwar nicht zu den allergrößten Finanzgewaltigen des polnischen Kapitalismus gehört. Als Zeugen der Anklage auch hier zwei ehemalige Minister, die selbst an diesen Schiebungen aus dem Westen beteiligt waren, auch sie frühere Mitglieder des Zentralkomitees.

Keiner kann behaupten, daß die neuen Führungsleute der PVAP von all dem nichts wußten. Diese ganzen Kanias und Moczars, die sich jetzt als Saubermänner betätigten, saßen bereits mit Gomulka zusammen. Sie müssen auch die täglich frisch importierten Blumen in Giereks Domizil gesehen haben, wie sie wohl auch die Leidenschaften jener ihrer Kollegen kannten, denen jetzt Prozesse gemacht werden. Und dies sind nur besonders deutlich desavouierte Vertreter von Giereks Kurs.

Jene, die mit ihrem Kurs am Unmut der Werktätigen gescheitert sind, die Repräsentanten des Gierekkurses, sie werden jetzt verurteilt.

Nicht von den Arbeitern. Sondern von jenen, die denselben Kurs verfolgten, die dieselben Besitztümer anhäuften. Aber im zweiten Glied.

Am Wesen der kapitalistischen polnischen Gesellschaft ändert das gar nichts, und auch nicht am Charakter der neuen herrschenden Kapitalistenklasse.

Helmut Weiss



Landhaus eines polnischen Parteifunktionärs: fast eine halbe Million Menschen gehören zur neuen kapitalistischen Herrscherklasse, die sich schamlos bereichert

Überall in Spanien

Breite antifaschistische Aktionen am 27. September

Den fünften Jahrestag der Ermordung von fünf Revolutionären begangen

MADRID. — Am 27. September jährte sich zum fünften Mal der Tag, an dem die drei Kommunisten Beana, Sanchez Bravo und Garcia Sanz und die beiden baskischen Revolutionäre Txiqui und Otaegui vom Francofaschismus ermordet wurden.



Am Grab von Ramon Garcia Sanz fand eine Zeremonie statt, bei der Genosse Raul Marco vom Sekretariat des ZK der KPS(M-L) sprach

Gemeinsam mit demokratischen und revolutionären Organisationen rief auch die Kommunistische Partei Spaniens (Marxisten-Leninisten) und die Republikanische Konvention dazu auf, an diesem Tag der Opfer des Francofaschismus zu gedenken. Wie sich schon in den letzten Jahren gezeigt hatte, wurde auch in diesem Jahr der 27. September noch mehr zu einem allgemeinen Gedenktag für alle Opfer des Faschismus, zu einem Kampftag gegen den heutigen Faschismus, gegen die Reaktion.

In Euskadi, so in San Sebastian und Renteria, aber auch in allen anderen Regionen Spaniens, so in Madrid, Pamplona, Murcia, Barcelona, Xativa und Puerta Blanca nahmen viele Tausende Menschen aktiv an den Aktionen teil.

Dabei wurden in Barcelona zwei Mitglieder der KPS(M-L) von der Polizei verhaftet, die damit einmal mehr ihre Tradition offen bewies.

Auch in anderen Städten wurden Aktionen von der Polizei untersagt, aber trotzdem durchgeführt.

An den Gräben der drei Märtyrer der Kommunistischen Partei wurde dem Kampf der Antifaschisten gedacht, wurden Gedenkveranstaltungen für die Gefallenen durchgeführt.

Dabei wurde immer wieder die Fortsetzung des Faschismus in der sogenannten demokratischen Monarchie angeprangert und die Forderung nach einer wirklichen Abrechnung mit der Vergangenheit erhoben, der Kampf um die Republik unterstrichen.

Hindern wir die Rechte an der Konsolidierung ihres Wahlsiegs!

Aufruf des ZK der KP Portugals (Wiederaufgebaut)

LISSABON. — Sechs Tage nach den Wahlen zum Lissaboner Parlament am 5. Oktober versammelte sich das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Portugals (Wiederaufgebaut) um die Lehren aus Wahlkampagne und Wahlergebnis zu ziehen und die anstehenden Kampfaufgaben zu besprechen.

Zum Wahlergebnis wurde festgestellt, daß immer noch die Mehrheit der Wählerschaft gegen die rechte Koalition gestimmt habe. Der AD Koalition des extrem reaktionären Sa Carneiro gelang der beabsichtigte Einbruch in die Arbeiterschaft nicht, bzw. nicht im gewünschten Maße. Lediglich bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes scheint ihnen durch zahllose Betrügereien, Erpressungen und Drohungen ein Stimmengewinn beschieden gewesen zu sein.

Die Stimmverluste der FRS, der sozialdemokratischen Frontorganisation und der APU, ihres revisionistischen Konkurrenten, die der Hauptverlierer der Wahl war, gingen hauptsächlich zu Gunsten kleiner und kleinster trotzkistischer und sonstiger pseudolinker Gruppierungen, die unter einem Dutzend verschiedener Firmenschilder sich beteiligt hatten.

Die UDP, die ebenfalls beträchtliche Stimmverluste hinnehmen mußte, und ihr Ziel, eine Fraktion zu bilden bei weitem nicht erreichte, konnte ihren Stimmenzuwachs vom letzten Dezember nicht stabilisieren und auch keine wesentlichen neuen Potentiale aus APU und FRS gewinnen.

Die AD gewann ihre 120000 neuen Stimmen vor allem unter den Kleinbürgertum, aber auch unter der Jugend und den Frauen, sie verdankt diesen Sieg verschiedenen Faktoren. Der massiven Kampagne von Funk und Fernsehen ebenso wie dem massiven illegalen Eingriff der katholischen Kirche zugunsten Sa Carneiros. Und auch der begleitenden Terrorkampagne faschistischer Banden im Norden des Landes. Die Verluste der FRS und der APU, 10000 beziehungsweise 121000 Stimmen zeigen, daß es der offiziellen Opposition nicht gelungen ist, sich als wirkliche Alternative darzustellen. Diese Organisationen machten in ihrem Wahlkampf keine grundlegend anderen Aussagen zu EG, NATO und IWF als die Regierung.

Die 47000 Stimmen, die die UDP verlor, gingen, das zeigen die Ergebnisse der Wahlkreise vor allem als sogenannte „nützliche Stimmen" an die APU und, in geringerem Ausmaß an die FRS, einige auch an die linken Kleingruppen. Dies waren Wähler, die mit dem politischem Programm der UDP übereinstimmten, aber in der Situation der Konfrontation mit der Rechten für das kleinere Übel stimmten. Hierin sehen die Kommunisten denn auch die Aufgaben für ihre Partei und die UDP in der kommenden Zeit:

- die Wahl von Soares Carneiro zum Staatspräsidenten verhindern
- eine noch viel breitere Kampfeinheit an der Basis der Gesellschaft organisieren
- den Widerstand gegen die Rechten in der Arbeiterschaft auf dem Kampf der Arbeiter aufbauen
- den Kampf gegen Revisionisten und Reformisten verstärken
- die Arbeit unter der Jugend verstärken

Zu diesen Zielen bieten die gegenwärtigen Ereignisse in Portugal eine gute Ausgangsbasis. Der siegreiche Streik der Eisenbahnarbeiter trotz Eingreifens der Regierung kurz nach der Wahl zeigt, daß die Arbeiterschaft nach wie vor bereit ist, für ihre Interessen zu kämpfen.

„Die Arbeiter- und Volksbewegung muß die Pläne der AD bekämpfen, sie muß ihr konkrete Niederlagen beifügen, die die Rechte daran hindert, ihren Sieg zu konsolidieren, die die Regierung bloßstellen, die die Bedingungen schaffen, die reaktionäre kapitalistische Offensive zu beseitigen und schließlich eine Lösung im Sinne des Volkes für die Krise, die unser Land gegenwärtig durchlebt erzwingen."

Mit diesem Kampfprogramm schließt das Kommuniqué des ZK der KP Portugals (Wiederaufgebaut) über die Wahlergebnisse.

Meldungen

El Salvador:

Bomben auf Flüchtlingslager

SAN SALVADOR. — Amnesty International informierte in der letzten Woche darüber, daß die regierende Junta Salvadors Flüchtlingslager der katholischen Kirche bombardieren ließ.

Fast 4000 Menschen aus dem Bezirk Morazan, die vor dem Terror des Geheimdienstes geflohen sind, leben in einem Flüchtlingslager in Vila Rosario, das von der katholischen Kirche eingerichtet wurde.

Das Lager wurde vor kurzem von Armee und Polizei umstellt und völlig von jeder Versorgung abgeschnitten. Mehrere Dutzend Menschen wurden von ins Lager eingedrungenen Polizisten verhaftet und anschließend hingerichtet.

Bereits im Frühjahr dieses Jahres waren Flüchtlingskolonnen, die sich in Richtung Guatemala bewegten von der salvadorianischen Armee unter Hilfestellung amerikanischer Piloten bombadiert worden.

Auch jetzt sind wieder mehrere Flüchtlingslager im Lande, ebenfalls zumeist von der katholischen Kirche organisiert, mit Bomben beworfen worden.

So watet die von den USA ausgehaltene Junta immer tiefer im Blut des Volkes. Zur Stützung dieses Regimes wurde jetzt auch Honduras von den USA dazu gezwungen, einen Friedensvertrag mit der Junta abzuschließen.

Südkorea:

Erneute Demonstrationen

SEOUL. — Zum ersten Mal nach der Niederschlagung des Volksaufstandes von Kwanju im Frühjahr dieses Jahres ist es in Südkorea im Oktober wieder zu Massendemonstrationen gekommen.

Rund 5000 Studenten nahmen an drei Demonstrationen teil, die in den beiden letzten Wochen in der Hauptstadt Seoul stattfanden. Diese Demonstrationen richteten sich gegen die Farce eines Referendums über eine neue Verfassung, die der Diktator Chun nach Vorbild seines „Kollegen" Pinochet in dieser Woche organisieren will.

Dabei wurden weit über 100 Teilnehmer festgenommen, die bisher nicht wieder zurückgekehrt sind. Die Demonstranten forderten die USA und Japan auf, das Blutregime Chuns nicht länger zu unterstützen.

Südafrika:

Schulen abermals geschlossen

JOHANNESBURG. — In Johannesburg, Bloemfontain und der Kapprovinz haben die südafrikanischen Rassisten abermals die schwarzen Schüler von dem Unterricht ausgeschlossen.

Wie jedesmal, wenn die farbige Jugend sich besonders stark an der demokratischen Volksbewegung gegen das Apartheidsregime beteiligt, ließen die Rassenfanatiker aus Pretoria sie die Peitsche spüren: 80 Schulen mit 60000 Schülern wurden auf unbestimmte Zeit geschlossen.

Friedenspreis des deutschen Buchhandels für Ernesto Cardenal

Dichter der nicaraguanischen Revolution

FRANKFURT/MAIN.— In diesem Jahr wurde während der Frankfurter Buchmesse der Friedenspreis des deutschen Buchhandels an den „Dichter, Priester und Revolutionär" Ernesto Cardenal verliehen.

Ohne Zweifel, verglichen mit früheren Preisträgern, eine gute Wahl. Aber auch ohne diesen Vergleich ist diese Verleihung zu begrüßen. Zwar: manch einem mag es unbehaglich zumute gewesen sein, als er die Reden anläßlich der Preisverleihung hörte. Sie, wie auch die folgenden, zahllosen, würdigenden Presseartikel, zeichnen Cardenal als einen Mann der christlichen Nächstenliebe, der absoluten Gewaltlosigkeit, des „Liebe deinen Feind". Es ist verständlich, wenn Deutschlands Oberjesuit Metz so redet. Aber auch die Ansprache Cardenals selbst mag wohl Zweifel geweckt haben. Zweifel gerade bei jenen, denen die Freiheit Nicaraguas am Herzen liegt.

Die Kampfansage

Betrachtet man sich aber das dichterische Werk Cardenals, für das er ja geehrt wurde, und nur dieses Werk ist entscheidend für seine Beurteilung als Künstler und nicht seine konkreten politischen Haltungen im einzelnen, so wird einem sehr schnell klar, daß diese Dichtung ganz anders ist, als sie da in den Frankfurter Lobreden beschrieben wurde.

Cardenals Dichtungen sind nicht nur im allgemeinen fortschrittlich, patriotisch und antiimperialistisch. Er nennt die Feinde beim Namen, im Gedicht selbst, läßt keinen Platz für Auslegungen, sondern macht seine Aussagen in einem harten, manchesmal fast aktenmäßigen Stil.

In dem 1960 verfaßten Werk „Hora cero" (Die Stunde null), prangert er die Vernichtung des Lebens der mittelamerikanischen Bauern durch den USA-Imperialismus an:

„Die Bauern, aus Honduras trugen das Geld im Hut,/als sie ihre Saaten säten/und die Leute aus Honduras Herren ihrer Erde waren./Als es Geld gab/und keine fremden Anleihen/und auch die Steuern nicht für Pierpont Morgan & Cie/und als die Frucht-Gesellschaft nicht mit dem kleinen Bau-/ern konkurrierte./Aber als die ***United Fruit Company****/mit ihren Niederlassungen* ***Tela Railroad Company****/und* ***Trujillo Railroad Company****/vereinigt mit der* ***Cuyamel Fruit Company****/und der* ***Vaccaro Brothers & Company****/ später* ***Standard Fruit & Steamship Company****/zur* ***Standard Fruit & Steamship Corporation****:/ die* ***United Fruit Company****/mit ihren Revolutionen zur Erlangung von Konzessionen/und mit der Befreiung von Millionen an Importsteuer/und Exportsteuer, Revision alter Konzessionen/und Subventionen für neue Ausbeutungen,/mit Vertragsbrüchen, Verletzungen/der Verfassung."*

Diese sehr konkreten Aussagen, die „Rede des Vertreters der Anklage in rhytmischen Blökken" wie sie ein lateinamerikanischer Literaturwissenschaftler nannte, sind geradezu ein Kennzeichen Ernesto Cardenals, und nichts ist da zu sehen vom in Frankfurt aufgebauschten Apostel der Feindesliebe.

„I was in a concierto", sagte Somoza./Und so war es, er war in einem Konzert/oder bei einem Bankett oder er ließ eine Tänzerin tanzen/oder/wer weiß welche Scheiße sonst—./

Wie der sonofabitch Roosevelt zu Sumner Wells sagte:/„Somoza is a sonofabitch but he's ours."/Sklave der Ausländer und Tyrann seines Volkes/Aufgezwungen von der Intervention,/aufrechterhalten von der Nicht-Intervention./SOMOZA FOREVER.

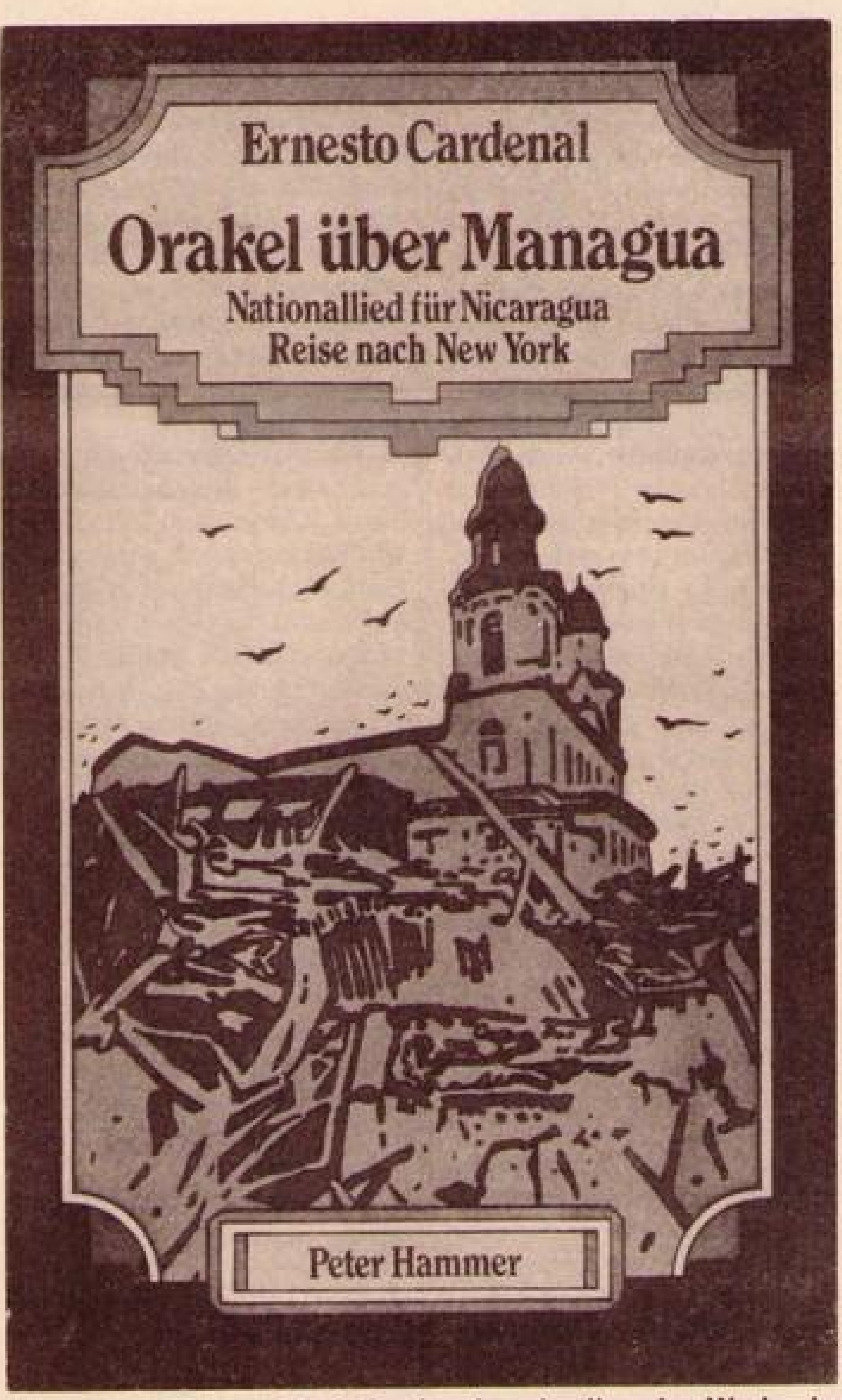
Auch hier wird der Angriff konkret geführt, werden die Feinde beim Namen genannt: Roosevelt, Somoza und die Nichtintervention der Nachbarstaaten.

Cardenals Weg, der uns eigenartig erscheint, ist es, im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen, nicaraguanischen Künstlern gar nicht. 1925 geboren, studiert er im Ausland, beginnt zu schreiben, sucht seinen Weg, findet zum Christentum. Aber es ist jenes Christentum, das man aus Lateinamerika kennt, der Glaube der Volkspriester an eine bessere Welt, die nicht nur human ist, sondern direkt kommunistische Ideale widerspiegelt. Mit 32 Jahren geht er ins Kloster, mit 40 Jahren wird er zum Priester geweiht. In der Zeit dazwischen entstanden die oben angeführten Zeilen. Eben zu dieser Zeit schrieb er auch schon:

‚Es ist Mitternacht in den Bergen Segovias./Und das Licht ist Sandino! Ein Licht und ein Lied.../Wenn Adelita mit einem anderen ginge./Aber die Nationen haben ihr Schicksal./Und Sandino war nie Präsident,/doch der Mörder Sandinos war Präsident,/und er war Präsident 20 Jahre lang./Wenn Adelita mit einem anderen ginge,/Würd ich ihr folgen übers Land, übers Meer."

Dies ist nicht das Christentum des Vatikan und des Papstes von Rom. Im Gegenteil, der Macht der Finsternis gilt der Haß und die Verachtung dieses Dichters, und auch das spricht er in seiner eignen, wort- und sachtreuen Sprache aus.

„Aber du lerntest auch ein revisionistisches Evangelium kennen/die Bank des Heiligen Geistes im Vatikan/— Banco di Santo Spiritu —/die Gattin Gottes zur Hure gemacht, verhurt die Gattin/Generale Inmoviliare, ein Teil des Vermögens des Heiligen Stuhls/besser gesagt, Generale Inmoviliare, Filiale des Vatikans./Und Vittorio Veronesse so heißt dieser Sohn seiner Mutter,/Präsident der Katholischen Aktion von Italien und der Banco/di Roma./Die Kirche geht mit dem ersten besten ins Bett./Mehr als die Hälfte aller Bischöfe von Nicaragua waren Abtrünnige/und seine oberdumme Exzellenz in jener Nacht, in jener/traurigen Nacht, weihte im Stadion mit zitterndem Öl,/der arme Alte, die Tochter Somozas zur Königin der Streitkräfte./Die goldene Krone war die Krone der Jungfrau Maria an Lichtmeß./Und Somoza/häufte Haus auf Haus und Hazienda auf Hazienda."



Das wohl wichtigste Buch Cardenals, wie alle seine Werke, im Wuppertaler Peter Hammer Verlag erschienen.

Ein langer Weg

Für diesen Mann, der aus einer wohlhabenden Familie stammt, war es ein langer Weg der Erkenntnis und der Suche, bis er auf die Höhepunkte seines Wirkens kommt, zu den Dichtungen „Orakel über Managua" und „Nationallied für Nicaragua".

Als Priester hatte er auf Solentiname eine christliche Kommune gegründet, die natürlich den Agenten Somozas ein Dorn im Auge war. Noch im Oktober 1972 schrieb er an den Chef von Somozas Geheimdienst, General Genie, einen Brief, in dem er diesen einlädt, sich davon zu überzeugen, daß diese Kommune friedlich sei. Dort steht unter anderm folgende Passage, die zeigt, welche Illusionen der Humanist Cardenal zu dieser Zeit noch hatte:



Ernesto Cardenal, Friedenspreisträger des deutschen Buchhandels 1980.

„Sollten Sie trotz alledem noch irgendeinen Zweifel hegen, zum Beispiel wegen der angeblich unter meinem Fußboden versteckten Waffen, so brauchen Sie nur einen fähigen und seriösen Agenten nach Solentiname zu schicken; er wird uns herzlich willkommen sein."

Nun, der Geheimdienst kam nicht direkt: wohl aber die Armee, die die Kommune „schloß". Das Bekenntnis Cardenals zur Revolution wurde so immer klarer, seine Parteinahme für die Sandinistische Befreiungsfront wurde zur aktiven Teilnahme am Kampf gegen Somozas Diktatur.

Im „Nationallied für Nicaragua" ist diese politische Entwicklung des Dichters vielleicht am deutlichsten zu sehen, ist seine Anklage am schärfsten, weil eindeutig mit einer Perspektive verbunden.

„Die Staatssekretäre kommen und gehen wie Zugvögel/doch die Standard Oil bleibt./Der Kanadier sagte zum Miskito: der Kommunismus ist schlecht/er nimmt uns alles. Und der Miskito, der Radio Havanna hörte, auf/Miskito antwortete: Schlecht für Euch, die ihr alles habt/Gut für Miskito/Miskito hat nichts.".

Dort wird auch die Aussage getroffen:

„Kommunismus oder Reich Gottes auf Erden, das ist das gleiche."

Man sieht: Die Perspektiven dieses Mannes gehen über einen rein humanistischen Standpunkt hinaus. Auch der gesamte Inhalt der Utopie, die er in diesen Werken der siebziger Jahre entwirft, ist kommunistisch, basiert auf Gerechtigkeit, auf Abschaffung der Ausbeutung.

Cardenal also, auf dem Hintergrund der Verhältnisse in Gesellschaft, Staat und Kirche unter Somoza betrachtet: der Dichter der Revolution.

Cardenal in der Geschichte der lateinamerikanischen Literatur betrachtet: ein Fortsetzer jener äußerst speziellen Verbindung von Mythen, Sagen und Religiosität mit dem politischen Fortschritt, mit der Revolution. Aber es ist klar: Den Preis des deuschen Buchhandels hat er nicht dafür bekommen. Nicht für seinen ständigen Kampf gegen Somoza und dessen amerikanische Hintermänner. Nicht für sein Loblied auf die Revolution, auf die Befreiung der arbeitenden Menschen Mittelamerikas. Nicht für seine kommunistische Utopie, die, wie er selbst schrieb, an jenem Kommunismus orientiert ist, wie Marx ihn verstand und nicht an dem, wie er sich heute oft zeigt.

Nein, den Preis hat er für etwas anderes bekommen, für das, was ihn nicht als Schriftsteller und Dichter, sondern als Politiker auszeichnet. Für das, was die große Gefahr der nicaraguanischen Revolution ist.

Für die Nachgiebigkeit gegen den Feind, für das Gewährenlassen der Reaktion und des amerikanischen Imperialismus im Lande nach Somozas Sturz. Für die Öffnung der Türen für die internationale Sozialdemokratie, die das Land an den amerikanischen und westeuropäischen Imperialismus binden will. Hier hat sich auch Cardenals Schwäche gezeigt, anläßlich der Preisverleihung, in seiner Rede. Da sprach der Politiker Cardenal, der so sprach, wie es die Juroren und Festredner sich wünschten.

Dem Politiker Cardenal sei entgegengehalten, was einer seiner Berufskollegen schon vor langer Zeit schrieb. Ein konsequenter, ein kommunistischer Dichter. Bertolt Brecht. Die Rede des Varlin in den „Tagen der Commune":

„Wenn wir niedergeworfen werden, dann wegen unserer Milde, was ein anderer Ausdruck für Nachlässigkeit, und wegen unserer Friedlichkeit, was ein anderer Ausdruck für Unwissenheit ist. Bürger, wir beschwören euch, lernen wir endlich vom Feind!"

Natürlich verbindet die westdeutsche Bourgeoisie mit dieser Preisverleihung die Hoffnung eben jene, für den Imperialismus günstige, Tendenzen in Nicaragua zu stärken. Für die Kommunisten und die Antiimperialisten dieses Landes verbindet sich damit die gerade entgegengesetze Hoffnung: Daß jene Elemente, die der Dichter Cardenal vertritt gestärkt werden, die Elemente des Kampfes gegen den Imperialismus, gegen jeden Imperialismus.

Proteste gegen die Nazis auf der Buchmesse

Auch Cardenal unterzeichnete

Alle Jahre wieder ist es derselbe Skandal. Die Nazi-Verlage tummeln sich auf der Frankfurter Buchmesse und geben sich seriös. Bieten Werke an, in denen Hitlers Wehrmacht ob ihrer Bluttaten gepriesen wird, KZs geleugnet und so weiter.

Und immer wieder gibt es Proteste. In all den Jahren haben immer wieder demokratische Verleger, Gewerkschaftsmitglieder der HBV und verschiedene Autoren gegen die Anwesenheit der Nazis protestiert.

Besonders skandalös: In diesem, wie im letzten Jahr waren schwarzuniformierte Schlägerbanden auf dem Messegelände tätig, die nicht nur als Schutzstaffel für die Nazi-Verlage eingesetzt wurden, sondern auch aggressiv gegen linke Verlag und deren Messestände vorgingen.

Durch zwei Ereignisse, die für die Veranstalter besonders peinlich waren (und auch für die, die im deutschen Verlagswesen das Sagen haben, wie Bertelsmann und Holtzbrinck) hat der Protest in diesem Jahr allerdings besondere Formen angenommen und auch in die Öffentlichkeit gefunden.

Zum einen wurde die Protestresolution verschiedener Teilnehmer gegen die Nazi-Verlage auch vom Preisträger Ernesto Cardenal unterzeichnet, was dieser Resolution natürlich zusätzliches Gewicht verlieh.

Zum anderen wurde dieser Protest begleitet von den Aktionen der afrikanischen Messeteilnehmer gegen die Anwesenheit der Nazi-Vettern, des rassistischen südafrikanischen Terrorregimes. (Nicht zufällig tauchen in letzter Zeit in verschiedenen westdeutschen Städten Nazi-Kleber mit der Parole „Solidarität mit dem weißen Afrika!" auf).

Es steht die Hoffnung, daß dieser Protest, der so eine breitere Öffentlichkeit erreichte als in früheren Jahren, endlich einmal wirksam werden kann. Daß es die Nazis in Zukunft nicht mehr schaffen, sich auf der Buchmesse mit offiziellem Segen als Teil des deutschen Kulturlebens darzustellen. Diese größten Kulturvernichter der Menschheitsgeschichte haben dazu kein Recht.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD, Dorstener Str. 86.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller H[illegible]str. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-1[illegible] Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: B[illegible]hladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.[illegible]0, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der [illegible], Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/83232[illegible], geöffnet: Mo., Mi [illegible] 17 - 19 Uhr.

4100 **DUISBURG** 12, Kontaktadresse: D. [illegible]eldmann, Metzer St[illegible] 24, Tel.: 0203/44 30 14.

4000 **DÜSSELDORF** (Eller), Kontaktmöglichk[illegible] zu[illegible] Partei: [illegible]faz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Fr [illegible] - 19 Uhr, Sa. 10 - 12 Uhr.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkei[illegible] Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenpla[illegible] 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-1[illegible].30, Sa 9-13 Uhr.

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD, Klar[illegible]tr. 24, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

[illegible]100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 **[illegible]ARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linksk[illegible]", Goethestraße 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-[illegible].30, Sa 11-13 Uhr, Tel.: 0721/84 84 08.

[illegible] **KIEL** 1, Buchha[illegible] Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Te[illegible] 0431/56 77 02, geöffn[illegible] Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-[illegible] 9-13 und 15-18, S[illegible] 10-13 Uhr.

[illegible] **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lese-[illegible] „Neue Zeit", [illegible]arienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: [illegible] Fr 17-18.[illegible] Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi. - Fr. 16 - 18 Uhr, Sa. 11 - 13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 [illegible], geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.